

**Libérale Landsgemeinde  
Parteitag der FDP Schweiz  
Infos und Anmeldung auf Seite 13**

Herr  
Franz Georg Maier  
Dir. Schweiz. Landesbibliothek  
Hallwylstrasse 15  
3003 Bern

## Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

<b>Herausgeberin/Redaktion</b> Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz Postfach 6136 3001 Bern Telefon 031 320 35 35 Fax 031 320 35 00 E-Mail info@fdp.ch Internet www.fdp.ch	<b>Inserate</b> TrisCom-Media AG Bündtenstrasse 10 4410 Liestal Telefon 061 926 93 33 Fax 061 926 93 30 E-Mail verkauf@trisc.com.ch Internet www.trisc.com.ch	<b>Layout/Druck</b> NZZ Print Postfach 8021 Zürich Telefon 01 258 15 02 Fax 01 258 18 99 ISDN 01 773 11 15 E-Mail print@nzz.ch Internet www.nzzprint.ch
---	--	---

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

26. Jahrgang. Erscheint monatlich.

### Inhalt



#### Bilaterale II

Grossrat Daniel Heller  
beurteilt die Abkommen  
positiv. **3**



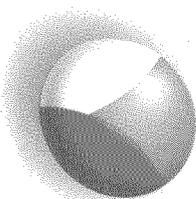
#### Mutterschaftsurlaub

Mehr Wachstum  
dank Mutterschafts-  
urlaub. **7**



#### DV Zofingen

Neue Geschäfts-  
leitung gewählt. **8/9**



#### Avenir radical

Libérale Lands-  
gemeinde am 12. Septem-  
ber in Stans. **12/13**

# Neue Hoffnung für unheilbar Kranke

## Das Stammzellenforschungsgesetz – eine gute Sache

Am 28. November 2004 stimmen wir über das Stammzellenforschungsgesetz (StFG) ab. Bundesrat und Parlament wollen diese Forschung unter Beachtung von strengen ethischen und rechtlichen Anforderungen zulassen. Stammzellenforschung dient dazu, neue Therapien für bisher nicht oder nur schwer behandelbare Krankheiten wie Parkinson oder Diabetes zu entwickeln. Es besteht die berechtigte Hoffnung, dass man später mit neuen Behandlungsmethoden Infarkt-geschädigte Herzen «reparieren» oder Querschnittlähmungen beheben kann. Dieses Gesetz verdient deshalb unsere breite Unterstützung.

Von Ständerätin Helen  
Leumann-Würsch,  
Meggen LU

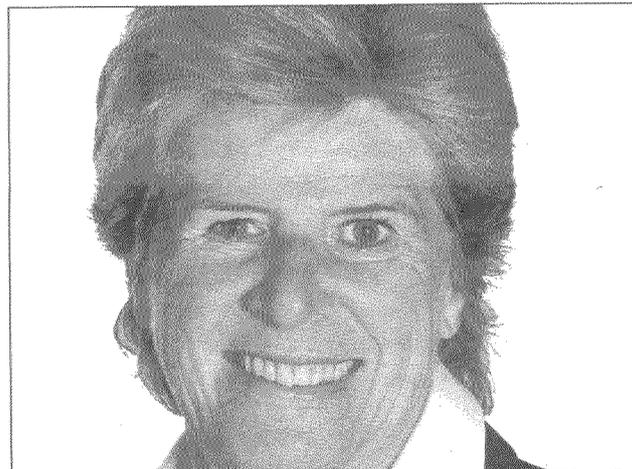
### Was ist Stammzellen- forschung?

Stammzellen haben die einmalige Fähigkeit, in unserem Körper Zellen und Gewebe zu erneuern. Man kennt heute unterschiedliche Stammzellen, doch diejenigen mit dem weitest aus grössten Potenzial sind die embryonalen. Aus diesen können alle 200 Zelltypen des menschlichen Organismus entstehen; das ist der Grund, weshalb sie für die Forschung und dereinst für die Behandlung von Krankheiten und Verletzungen so bedeutsam sind. Embryonale Stammzellen werden

aus überzähligen Embryonen einer In-Vitro-Fertilisation gewonnen. Überzählig sind Embryonen, welche aus bestimmten Gründen nicht zur Herbeiführung einer Schwangerschaft verwendet werden können. Nach geltendem Recht müssen sie vernichtet werden. Bundesrat und Parlament möchten dies ändern und die Gewinnung und Verwendung von embryonalen Stammzellen für Forschungszwecke unter strengen Anforderungen zulassen.

### Hoffnung für schwer- kranke Menschen!

Schon heute werden Stammzellen, z. B. bei Leukämie, erfolgreich eingesetzt. Doch das Potenzial der Stammzellen ist



Helen Leumann

noch nicht ausgeschöpft. Es besteht die begründete Hoffnung, dass mit Hilfe der Stammzellenforschung neue Therapien für weitere Krankheiten gefunden werden können.

- Parkinsonkranke sollen dadurch die Herrschaft über ihre Motorik wiedererlangen.
- Diabetiker sollen dereinst ohne tägliches Insulinspritzen und Blutzuckermessen auskommen.
- Herzpatienten sollen zu ihrer alten Leistungsfähigkeit zurückfinden.
- Querschnittgelähmte sollen ihre Gliedmassen wieder fühlen und bewegen können.

Noch ist es ein weiter Weg zu wirksamen Therapien. Doch in der Medizin bringen schon kleine Schritte enorme Verbesserungen. Für Patientinnen und Patienten sowie deren Angehörige sind diese von grösster Bedeutung. Uns allen wollen und dürfen wir die Hoffnung auf noch bessere Behandlungs- oder gar Heilungsmethoden nicht nehmen!

### Kontrolle ist besser als Verbote

In der Schweiz haben wir mit dem Grundsatz «Kontrolle statt Verbote» bei der Forschungspolitik stets

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

gute Erfahrungen gemacht. Das Stammzellenforschungsgesetz folgt dieser Devise und enthält klare Leitplanken, ohne die Forschung empfindlich einzuschränken oder gar zu verunmöglichen. Es legt fest, unter welchen Voraussetzungen menschliche embryonale Stammzellen gewonnen und zu Forschungszwecken verwendet werden dürfen:

- Ein Forschungsprojekt muss vom Bundesamt für Gesundheit genehmigt werden. Voraussetzung ist die Zustimmung der zuständigen Ethikkommission.
- Ein Forschungsprojekt mit überzähligen Embryonen darf nur dann durchgeführt werden, wenn gleichwertige Ziele nicht auf einem anderen Weg erreicht werden können.
- Stammzellen aus überzähligen Embryo-

nen dürfen nur entnommen werden, wenn das betroffene Paar seine Einwilligung dazu gibt.

- Es ist untersagt, aus einem überzähligen Embryo nach dem 7. Tag seiner Entwicklung Stammzellen zu gewinnen oder zu verwenden.
- Es ist verboten, einen Embryo zu Forschungszwecken zu erzeugen.

Im internationalen Vergleich wird die Schweiz über strenge Regelungen verfügen.

### Stärkung des Forschungsplatzes Schweiz

Die Schweiz nimmt in verschiedenen Forschungsdisziplinen wie Biologie, Biochemie, Immunologie oder Mikrobiologie heute einen Spitzenplatz ein. Doch sie steht in einem harten internationalen Wettbewerb.

Auch mit der Stammzellenforschung kann es gelin-

## Die partnerschaftliche Lösung



**JA zur Entlastung der KMU! Nicht nur Mütter und Soldaten profitieren von der kostengünstigen EO-Lösung, sondern auch die Wirtschaft, die künftig mindestens 100 Millionen Franken einspart. Jahr für Jahr!**

# JA

am 26. September 2004  
**zur EO-Revision und zum Erwerb ersatz bei Mutterschaft!**

Schweizerisches Komitee für einen wirtschaftsverträglichen Mutterschaftsurlaub. [www.eo-revision-ja.ch](http://www.eo-revision-ja.ch)

gen, international mitzuhalten und den Forschungsplatz Schweiz zu stärken. Wird das StFG allerdings abgelehnt, riskieren wir, dass die Schweizer Hochschulen und Universitäten den Anschluss in diesem Bereich der Grundlagenforschung verlieren.

Eine Abwanderung von führenden Wissenschaft-

lern ins Ausland wäre die Folge, was dem Forschungsstandort Schweiz sehr schaden würde. Forschung und Innovation sind die wichtigsten Ressourcen in unserem Land. Darum müssen wir sie schützen. Voraussetzung dafür ist, dass Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen attraktive und konkurrenzfähige For-

schungsmöglichkeiten vorfinden.

Ich stehe voll und ganz hinter dem medizinischen Fortschritt, setze selber grosse Hoffnung in die Stammzellenforschung und unterstütze deshalb das Stammzellenforschungsgesetz. Ich bitte Sie, dies mit einem Ja am 28. November 2004 ebenfalls zu tun. ■

## Personelles: Who's who?

### Romain Clivaz

**Geburtsdatum:**

31. März 1975

**Beruf:**

Licence en sciences politiques

**Bürgerort:**

Crans-Montana

**Zivilstand:**

Ledig

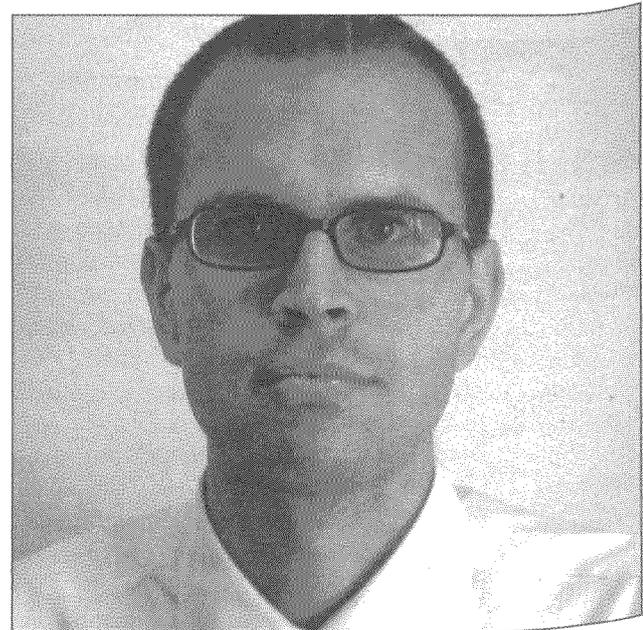
Seit 1. September arbeitet Romain Clivaz als politischer Sekretär auf dem Generalsekretariat der FDP Schweiz in Bern. Der Unterwalliser übernimmt dort die Nachfolge von Andreas Schönbächler, welcher das GS Ende Juni verlassen hatte, und betreut neu die Politikbereiche Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Tourismus-, Verkehrs-, Energie- und Umweltpolitik.

**Ausbildung/Tätigkeit:**

- Studium der Politikwissenschaften, Universität Genf
- Nachdiplom in europäischen Studien, Europainstitut Genf

**Tätigkeit in Politik und Gesellschaft:**

- Mitglied FDP Unterwallis



# Herausforderung Bilaterale II

## Erste positive Beurteilung des Abschlusses

Die Schweiz darf befriedigt sein über den Abschluss der Verhandlungen zu den Bilateralen II. Insbesondere bei den Kernstreitpunkten – Informationspflicht in Sachen Zinsbesteuerung resp. Rechtshilfe in den Dossiers Schengen und Betrugsbekämpfung – gelangte das Prinzip «ich gebe, damit du gibst» zur Anwendung: Trotz Abstrichen an der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes wegen der Einführung eines Steuerrückhalts auf Zinserträgen kann im Lichte des Gesamtergebnisses zu den ausgehandelten Verträgen ja gesagt werden. Das Prinzip der doppelten Strafbarkeit als Voraussetzung und damit das Bankkundengeheimnis bleiben gesichert.

Von Grossrat Daniel Heller,  
Erlinsbach AG

Die Schweizer Politik hat mit dem Abschluss der Bilateralen Verhandlungen II unter Wahrung des Bankkundengeheimnisses ein wichtiges Zwischenziel im Bereich ihrer aussenpolitischen Interessenwahrung erreicht. Grund zur Euphorie besteht aber noch nicht, denn die ausgehandelten Abkommen müssen noch im demokratischen Prozess – in der Schweiz wie in den EU-Mitgliedsländern – ratifiziert und gesichert werden. In der Schweiz hat sich der politische Widerstand gegen einzelne Dossiers bereits manifestiert.

Der Finanzplatz Schweiz ist eine der wichtigsten strategischen Erfolgspositionen unseres Landes. Seine Interessen stehen in wesentlichen Teilen im Einklang mit den Interessen der Schweiz und ihrer Volkswirtschaft. Das Schweizer Angebot zur Einführung einer Zahlstellensteuer auf Zinsen ausländischer Kapitalanlagen

bleibt auch angesichts des jetzt Erreichten sehr grosszügig. Die Finanzbranche nimmt mit diesem Entgegenkommen der Schweiz erhebliche Aufwände und gewisse Einbussen in der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den konkurrierenden Finanzplätzen auf sich.

### Konzessionen tolerabel

Der EU wurden von der Schweiz in den Schlussverhandlungen der Bilateralen II letzte Konzessionen zugestanden. Bei den indirekten Steuern wie der Mehrwertsteuer (und nur dort!) ist man zur Sicherstellung des Bankkundengeheimnisses gegenüber der EU marginal vom Grundsatz der doppelten Strafbarkeit abgewichen. Die Konzession des Bundesrates im Bereich der indirekten Steuer ist in der Gesamtbetrachtung tolerabel. Bei Delikten mit indirekten Steuern (dabei geht es vor allem im Betrugsdossier) handelt es sich zu meist um den Tatbestand des Betrugs und nicht um eine Hinterziehung, da die Fälschung von Dokumen-

ten Voraussetzung bildet. Der Vorwurf, das Bankkundengeheimnis werde hier aufgebrochen, ist darum bei näherer Betrachtung nicht stichhaltig. Denn schon heute wird ja für Betrugsfälle im Rahmen der doppelten Strafbarkeit Rechtshilfe unter Aufhebung des Bankkundengeheimnisses gewährt.

Das Abweichen vom reinen Prinzip der doppelten Strafbarkeit ist zwar belastend für die Erfolgchancen in der Volksabstimmung. Schengen ist für uns akzeptabel, weil die Prinzipien der Rechtshilfe, die in anderem Zusammenhang gelten, dauerhaft erhalten bleiben und auch nicht einseitig gekündigt werden können. Schengen sichert das Prinzip der doppelten Strafbarkeit bei den direkten Steuern ohne Revisionsklausel, d.h. unlimitiert. Schengen entspricht damit einer staatsvertraglichen Garantie für das Bankkundengeheimnis. Sollte die EU das Prinzip einmal aufgeben, bedeutet das weder eine automatische Kündigung des Abkommens noch eine automatische Übernahme eines neuen Standards (opting out).

### Gesamtbeurteilung wichtig

Der Bundesrat wird acht Einzelbeschlüsse mit einer Sammelbotschaft vorlegen. Das ist sinnvoll, denn politisch haftet den Erfahrungen mit den Paketabstimmungen in den Urnengängen vom vergange-



Daniel Heller

nen Februar (beim Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative) und vom 16. Mai (AHV, Steuerpaket, Mehrwertsteuererhöhung) in weiten Kreisen der Geruch der «faulen» Kompromisse und kapitaler Niederlagen an der Urne an. Das Paket würde sodann verhindern, dass das Zinsbesteuerungsabkommen früh in Kraft treten kann, da in Paketform auch für unbestrittene Dossiers die Referendumsfrist abzuwarten wäre.

Obwohl es sinnvoll ist, die Dossiers rechtlich gesehen einzeln vorzulegen, müssen sie in der Gesamtheit beurteilt werden: Sollte Schengen dem Referendum zum Opfer fallen, wäre nichts gewonnen und eine offene Flanke bliebe ungedeckt. Ob der Bundesrat im Bereich Rechtshilfe und Sonderstatus in einer Neuverhandlung eines Abkommens im Bereiche von Schengen noch einmal eine derart günstige Lösung erreichen wird, darf wohl zu Recht bezweifelt werden. Dies gelang nur

dank der Verknüpfung mit der Zinsbesteuerung.

### Gute Gesamtbilanz

Von den umstrittenen Abkommen hat nur das Zinsbesteuerungsabkommen eine Revisionsklausel. Allerdings vergehen gut 15 Jahre, bis eine Revision der Zinsbesteuerung überhaupt thematisiert werden kann.

Das gute Verhandlungsergebnis verdankt die Schweiz insbesondere dem Umstand, dass die EU auf einen Abschluss angewiesen war, um die Zinsbesteuerung EU-weit durchsetzen zu können. Die EU-interne Übungsanlage war so, dass die Realisierung der Drittstaatenregelung als Bedingung von Anfang an definiert war. Ohne konstruktive Mitarbeit der Schweiz wäre die Realisation unmöglich gewesen. Zu einer derartigen günstigen Konstellation dürfte es in absehbarer Zeit nicht mehr kommen. Ein Scheitern einzelner Dossiers führt materiell mit Sicherheit zu keinen Verbesserungen. ■

## «Links-rechts» – ein Denkmuster von gestern

In der FDP – aber nicht nur – gibt es immer wieder Auseinandersetzungen zwischen dem so genannt linken und rechten Flügel. Die FDP sollte jedoch als fortschrittliche Partei nach innen und aussen unabhängig vom veralteten, populis-

tischen und lösungsfeindlichen Denkmuster «links-rechts» politisieren. Mit diesem Denkmuster können die heutigen und zukünftigen sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme nicht

mehr zutreffend definiert und wirksam gelöst werden. Auch der Begriff «bürgerlich» ist überholt, nichtssagend und rückwärts gerichtet. Die Auseinandersetzung über «links-rechts» führt zu ideologischem Streit, fördert Feindbilder und auch gegenseitigen Hass; und blockiert so das konstruktive Suchen nach zukunftsfähigen Lösungen im Interesse unserer Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt und damit unseres Landes. Die FDP sollte also nicht ideologisch links oder rechts sondern autonom (freien Sinnes) und innovativ vorwärts denken und sich so vom geisttötenden und fortschrittsfeindlichen Denkmuster «links-rechts»

lösen. In der FDP sollte statt über allgemeine, nichts sagende und unverbindliche Begriffe und Parolen über konkrete Ziele und Wege vorurteilslos im liberalen Sinne gestritten werden. Solches Streiten verbindet die Mitglieder und stärkt damit die Partei nach innen und macht sie zudem nach aussen für fortschrittliche und differenziert denkende Wählerinnen und Wähler attraktiv. Parteien machen sich grundsätzlich unglaubwürdig, wenn sie versuchen, in unserem komplexen und vernetzten lokalen und globalen Umfeld alleinseligmachende linke oder rechte Wahrheiten zu verkünden. Jede Stellungnahme zu einem Sachpro-

blem und dessen Lösung verlangt in diesem Umfeld von einer Partei zuerst eine differenzierte und situationsbezogene Beurteilung unter Berücksichtigung der jeweils dafür massgebenden Kriterien. Die «Wahrheit» ist weder links noch rechts, sie ist konkret und nicht situationsfrei. Letztendlich geht es immer um den Menschen sowie um seine natürlichen und selbst erschaffenen Lebensgrundlagen.

Werner Streich,  
Zollikerberg ZH

Die Redaktion freut sich über Zuschriften. Je kürzer sie sind, desto eher werden sie veröffentlicht. Die Redaktion entscheidet über Auswahl und Kürzungen. Korrespondenz wird keine geführt. Es werden nur Zuschriften von eingeschriebenen FDP-Mitgliedern veröffentlicht. Senden Sie Ihre Leserbriefe wenn immer möglich in elektronischer Form (E-Mail oder Diskette).

### Leserbriefe einsenden an:

FDP Schweiz  
Redaktion «Schweizer Freisinn»  
Postfach 6136  
3001 Bern  
nobs@fdp.ch

## Politkarriere nur für Männer?

Freisinn heisst für mich in erster Linie Freiheit, Gleichheit und Solidarität, und beim Stichwort «Gleichheit» denke ich vor allem an die Gleichstellung von Frau und Mann; aus diesem Grund ersetze ich das klassische Wort «Brüderlichkeit» durch ein geschlechtsneutrales Fremdwort. In Basel waren «die Radikalen» – wir nennen uns erst seit 1973 «freisinnig» – die erste bürgerliche Partei, die die Ja-Parole für das Frauenstimmrecht ausgab. Jetzt können die Frauen in der ganzen Schweiz

wählen und abstimmen; aber in fast allen politischen Behörden sind sie nach wie vor deutlich untervertreten. Barbara Perriard hat im «Schweizer Freisinn» Nr. 6/04 in diesem Zusammenhang zutreffenderweise die Bedeutung der Netzwerke hervorgehoben. Sie ist allerdings auf zwei wichtige Fragen gar nicht eingetreten:

1. Warum ist der Frauenanteil in den einzelnen Fraktionen des Nationalrates so unterschiedlich (Grüne 46,6%, SP 46,1%, CVP 32,1%, FDP/Liberale 15%, SVP 5,4%)?

2. In welchem Ausmass bestehen die Netzwerke eines Mannes aus Männern und diejenigen einer Frau aus Frauen?

Zu diesen Netzwerken gehören unter anderem farbentragende Studentenverbindungen mit den hinter ihnen stehenden Altherrenverbänden, Lions-, Rotary- und Kiwanis-Clubs, Zünfte, Schützen-, Turn- und Sportvereine und in Basel auch Fasnachtscliquen. Viele solche Organisationen nehmen – weil es schon immer so war – ausschliesslich Männer auf. Obwohl die meisten reinen

Männerorganisationen offiziell parteipolitisch neutral sind, gehören ihnen viel mehr Bürgerliche als Linke und Grüne an. Und ich habe in Basel festgestellt, dass auf – zumeist bürgerlichen – Wahllisten, auf denen viele Zunftbrüder stehen, die neben ihnen kandidierenden Frauen ausgesprochen geringe Chancen haben. In der CVP sind die Wahlausichten der Frauen grösser als bei uns, weil die dort besonders wichtigen kirchlichen Netzwerke oft beide Geschlechter umfassen. Es würde den Freisinnigen

gut anstehen, sich in allen Vereinen und Korporationen, denen sie angehören, für die Aufnahme von Frauen einzusetzen. Ich bin bewusst nie in eine Organisation eingetreten, welche ihre Mitgliedschaft vom Geschlecht abhängig macht.

Tilmann Wernle, Basel

# Le Neuchâtelois à Berne

## Die Stärken und Schwächen des Didier Burkhalter

**Der Neuenburger Nationalrat Didier Burkhalter ist bei der FDP, weil es die Partei ist, welche jedem/jeder echte Meinungs- und Handlungsfreiheit bietet. Für die Schweiz wünscht er sich einen direkten Meeranschluss und etwas mehr Weltoffenheit.**

*«Freisinn»: Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf begründet sich ihre grösste Hoffnung?*

Entwicklungspotenzial sind es die neuen Informationstechnologien, welche unsere Zukunft revolutionieren werden. Die entbehrlichste Erfindung ist ohne jeden Zweifel die Atombombe.

**Didier Burkhalter:** Für die Zukunft setze ich meine grösste Hoffnung in die unerschöpflichen Fähigkeiten des Menschen im steten Kampf für seine Gedanken- und Handlungsfreiheit. Auf diesem Gebiet gibt es noch viel zu tun...

*Was lieben Sie an der Schweiz?*

Fast alles! Wir leben in einem sicheren Land, in welchem jede/r die Möglichkeit hat zu studieren, zu arbeiten und ein Geschäft zu betreiben. Kurz gesagt ein Leben zu führen, wo Freiheit eine grosse Rolle spielt. Schliesslich ist es ein Land im Schnittpunkt Europas, wo man andauernd den Zusammenhalt zwischen Leuten, Regionen und verschiedenen Sprachkulturen pflegt.

*Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?*

Die Tatsache, dass in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts immer noch Kinder hungern müssen.

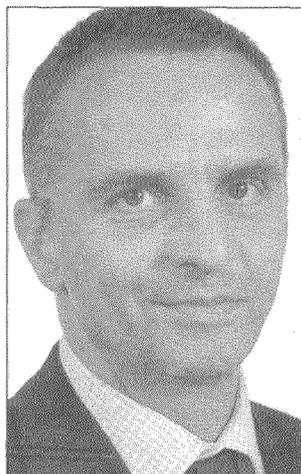
*Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?*

Bezüglich Nutzen sind Medikamente wie Antibiotika am wichtigsten. Bezüglich

*Was missfällt Ihnen in unserem Land?*

die Exekutive der Stadt Neuenburg (Vollamt).

**Politischer Werdegang:** 1988 bis 1990 Mitglied des Gemeindeparlaments von Hauterive/NE, 1990 bis 2001 Mitglied des Neuenburger Grossen Rates, seit 1991 Gemeinderat (Exekutive) der Stadt Neuenburg (momentan Direktion Öffentliche Bauten, Spitäler und Sport); Stadtpräsident von Neuenburg 1994/95, 1998/99 und 2001/02; Nationalrat seit Oktober 2003.



Didier Burkhalter

Eigentlich nichts, ausser vielleicht ein direkter Zugang zum Meer. Dies um einen grossen weltoffenen Hafen zu haben...

*Warum sind Sie bei der FDP?*

Erstens weil es die Partei ist, welche jeder/jedem echte Meinungs- und Handlungsfreiheit bietet. Zweitens weil die Partei in der ganzen Schweiz aktiv ist und weil die heutige Schweiz auf freisinnigen Anfängen gründet.

*Gäbe es einen Nobelpreis für eine(n) Politiker(in),*

*wem würden Sie diesen verleihen?*

Abraham Lincoln, für seinen Kampf gegen die Sklaverei, welcher ihm das Leben gekostet hat.

*Wodurch kann Sie eine Politikerin oder ein Politiker überzeugen?*

Allen voran durch Glaubwürdigkeit. Andererseits glaube ich, dass man stets bemüht sein muss, das zu machen, was man sagt, und zu sagen, was man macht.

*Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?*

Die Beziehung zwischen Mann und Frau beruht auf gegenseitigem Respekt, mehr auf das Verständnis der Unterschiede ausgerichtet als auf die Gleichstellung um jeden Preis.

*Was ist Ihre persönliche Schwäche?*

In der Politik, mehr noch als anderswo, ist es wichtig, dass man versucht seine Schwächen nicht erkennbar zu machen. Das heisst, dass es natürlich mehr als eine gibt, aber diese Schwächen sind ein Geheimnis.

*Was ist Ihre persönliche Stärke?*

Die Tatsache, dass ich Ihnen meine Schwächen nicht eingestehen musste!

*Welches Buch lesen Sie zurzeit?*

Ich lese immer mehrere. Im Moment sind es «Alaska» von James Michener und «New York brûlé» von Dominique Lapierre und Larry Collins.

*Was tun Sie, um sich fit zu halten?*

Ich treibe gerne Sport, aber es sind vor allem Spaziergänge mit der Familie, welche mich in Form halten.

Es gibt in der Tat nichts Belebenderes als die Zeit, wo ich mit meinen drei heranwachsenden Söhnen diskutiere.

Das Gespräch mit Didier Burkhalter führte Stefan Nobs vom GS der FDP Schweiz.

Anzeige

**Ihr Weg zum Recht.**

**Jetzt auch in Aarau!**

Bahnhofstrasse 29  
CH-5001 Aarau  
T 062 832 10 50  
www.binderlegal.ch

**Binder rechtsanwälte**

### Kurzbiographie

#### Zur Person

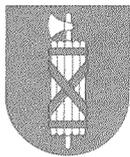
**Alter:** 44 Jahre, verheiratet, drei Kinder im Alter von 11, 13 und 16 Jahren.

#### Beruflicher Werdegang:

Lizenziat in Wirtschaftswissenschaften an der Universität Neuenburg, später Wirtschaftsredaktor bei der «Société pour le développement de l'économie suisse» in Genf und Zürich, danach Sekretär der Neuenburger und weischen FDP. 1991 Wahl in

## Alt Ständerat Paul Bürgi gestorben

**Völlig unerwartet ist am 30. Juni der St. Galler alt Ständerat Paul Bürgi im Alter von 83 Jahren in den Ferien auf Gran Canaria einem Herzversagen erlegen. Der geborene Zürcher hatte die sankt-gallische und die schweizerische Politik während Jahrzehnten massgeblich mitbestimmt.**



Nach dem Ökonomiestudium und der Promotion zum Doktor der Volkswirtschaften an der Universität Zürich war Bürgi Geschäftsführer der Gewerbeverbände St. Gallen und Appenzell Ausserrhoden, bevor er 1957 in den St. Galler Kantons-

rat gewählt wurde. Bereits zwei Jahre später erfolgte die Wahl in den Nationalrat, von dem aus er 1975 in den Ständerat wechselte. Von 1973 bis 1975 präsierte Bürgi die FDP-Bundeshausfraktion. Zudem leitete er zahlreiche wichtige Ausschüsse und Kommissionen, u. a. 1972 die Nationalratskommission zum Dreisäulensystem. 1987 trat Paul Bürgi nach 38 Jahren im eidgenössischen Parlament aus dem Ständerat zurück. Unter dem Titel «Vier Jahrzehnte in Politik und Wirtschaft» veröffentlichte er 1998, wie bereits früher angekündigt, seine Memoiren. Zeit seines Lebens zeichnete sich Paul Bürgi durch seine liberale, offene



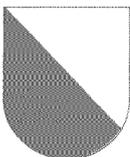
† Paul Bürgi (1921–2004)

und volksnahe Haltung aus.

Felix Keller, Geschäftsführer der FDP Kanton St. Gallen, würdigte den Verstorbenen als eine Persönlichkeit, welche sich durch sein Engagement weit über die Parteigrenzen hinaus Achtung verschaffen hat. Seine Liebeshwürdigkeit und seine feine, menschliche Art würden der FDP in Zukunft fehlen. ■

## Wenn Freisinnige auf die Strasse gehen

**Um für das neue Fussballstadion zu demonstrieren, versammelten sich am 16. Juni über 1200 Personen auf dem Turbinenplatz in Zürich. Die FDP des Kantons Zürich hatte zu diesem für freisinnige Verhältnisse neuen Instrument des Protests aufgerufen.**



Neben zahlreichen Mitgliedern und Sympathisanten der FDP haben auch Vertreter der Zürcher Hotellerie, der Tourismusbranche, der Zürcher Wirtschaft, Fussballfans sowie die ersten Mannschaften des FC Zürich und der Grasshoppers an der Demonstration teilgenommen. Die FDP wollte nicht nur für ein neues Stadion demonstrieren, sondern auch für mehr Pioniergeist in Zürich und der Schweiz werben. Der Stadionstreit sei ein Symbol für die «blockierte» Schweiz, wurde betont. ■

## Jungfreisinnige sammeln Geld für neuen Bundesplatz



Der jungfreisinnige Grossrat Olivier Feller und der Präsident der Waadtländer Jungfreisinnigen, Antoine Hildebrand, sowie etwa zwanzig weitere Privatpersonen und zehn Firmen haben 10 000 Franken gesammelt, um für den ausstehenden Beitrag des Kantons Waadt an den neuen Bundesplatz aufzukommen. Der entsprechende Check wurde dem städtischen Baudirektor Anfang August übergeben. Der Kanton Waadt gehörte zu jenen neun Kantonen (AI, AR, LU, OW, SO, SG, TG, UR, VD), welche bisher keinen Beitrag an die 26 Wasserfontänen auf dem Bundesplatz geleistet haben. ■

## Peter Rychiger tritt zurück



Der frühere Kantonalpräsident Peter Rychiger ist nach einem glanzvollen Jahr als Grossratspräsident per Ende Mai aus dem Grossen Rat des Kantons Bern zurückgetreten. Rychiger gehörte seit 1990 dem Rat an und war Mitglied der Finanzkommission sowie zahlreicher Spezialkommissionen. Von 1996 bis 2002 war er zudem Präsident der FDP des Kantons Bern. Gleichzeitig mit dem Rücktritt aus dem Grossen Rat gibt Rychiger seine langjährigen Mandate in der kantonalen und der schweizerischen FDP-Parteileitung ab. Trotz Rückzug aus der Politik tritt Peter Rychiger keineswegs in den Ruhestand, im Gegenteil, seit kurzem ist er Verwaltungsratspräsident des Inseleospitals. Geschäftlich betätigt er sich weiterhin als selbständiger Unternehmensberater. ■

## Bammatter für Vischer



Bei den Basler Regierungsratswahlen vom kommenden 24. Oktober werden die bürgerlichen Parteien mit einem Vierer-Ticket ins Rennen steigen. Nach der überraschenden Nichtwiederkandidatur von Finanzminister Ueli Vischer springt der 45-jährige Jurist Michael Bammatter in die Lücke. Neben ihm auf dem bürgerlichen Ticket sind die Bisherigen: Carlo Conti (CVP), Christoph Eymann (LDP) sowie Jörg Schild (FDP). ■

## Wechsel in der Parteileitung



Helga Klee (Berneck) und Daniel Schilling (St. Margarethen) sind aus der Parteileitung der FDP Kanton St. Gallen zurückgetreten. Neu gewählt wurden Bruno Pöltinger (Berneck) und Alexander Schär (Rapperswil). Die Gesamterneuerungswahlen finden im kommenden Jahr statt. ■

## Drei Neue in der Parteileitung



An der ordentlichen Delegiertenversammlung von Mitte Juni wurden drei Neue in die kantonale Parteileitung gewählt. Kantonsrätin Ruth Mettler aus Wilen und Wolfgang Maute aus Müllheim nehmen ebenso Einsitz im Gremium wie der Jungfreisinnige Silvan Amberg aus Frauenfeld. Die Neuen übernehmen die Plätze von Hermann Hess und Daniel Dahinden, welche zurückgetreten waren. ■

## KMU werden entlastet

### Mutterschaftsurlaub – der beste Garant für mehr Wachstum

**Am 26. September stimmt das Volk über den bezahlten Mutterschaftsurlaub während 14 Wochen ab. Für den Luzerner Nationalrat und Unternehmer Otto Ineichen ist die Sache klar: Die Vorlage bringt mehr Wachstum, eine Gleichbehandlung von Mann und Frau sowie eine Entlastung von kleinen und mittleren Unternehmen. Die ausgewogene und kostengünstige Lösung benötige keine zusätzliche Administration und bringe deshalb nicht mehr Staat, sondern eine gerechtere Rückverteilung an die zahlenden Männer und Frauen. Er legt deshalb ein überzeugtes Ja in die Urne.**

Von Nationalrat Otto Ineichen, Sursee LU

Warum engagiere ich mich so vehement für den bezahlten Mutterschaftsurlaub? Für mich ist es die beste Investition in die Zukunft unseres Landes, das heisst mehr Wachstum. Nach dem Debakel der letzten Volksabstimmung hat unser FDP-Nationalrat Pierre Triponez im Jahr 2001 mit einem parlamentarischen Vorstoss den Grundstein gelegt für die heutige Abstimmungsvorlage. Auf sein Engagement hin wurde die Erwerbserersatzordnung (EO) revidiert. Erwerbstätigen Müttern, die seit mindestens 5 Monaten arbeiten, soll während 14 Wochen ein bezahlter Mutterschaftsurlaub gewährt werden, mit einer Entschädigung von 80% des versicherbaren Verdienstes. Gleichzeitig wird die vom Bundesrat eingebrachte Erhöhung der Rekrutenentschädigung sowie Verbesserungen im Zusammenhang mit der Armee XXI realisiert. Ich möchte hier vorwiegend die positiven Seiten für un-

sere arbeitende weibliche Bevölkerung beleuchten.

#### Breit abgestützt

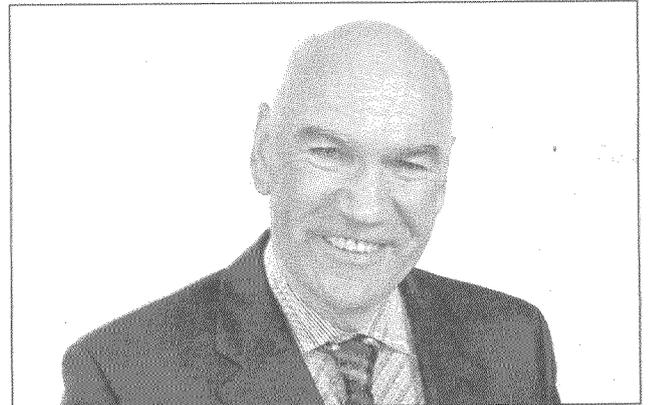
Die Lösung von Pierre Triponez ist bei allen Parteien – mit Ausnahme der SVP – gut abgestützt. Viele Verbände unterstützen sie. Wenig Verständnis habe ich für die Stellungnahme der *economiesuisse*. Für sie wäre es eine einmalige Chance gewesen, um ihr angeschlagenes Image bei der Bevölkerung mit kleinstem Aufwand zu korrigieren. Umso mehr sie zu Recht betont, dass die Zukunft unseres Landes wesentlich von besseren Rahmenbedingungen für unsere erwerbstätigen Frauen abhängt. Und hier geht es um eine wirklich wesentliche Verbesserung. Es stimmt mich jedoch zuversichtlich, dass die Exponenten der *economiesuisse* dies genauso sehen. Ich hoffe, dass hier noch positive Zeichen folgen werden.

Die bestehende Erwerbserersatzordnung EO, welche nur für den Erwerbsausfall der Männer während dem Militärdienst angewendet wurde, wird nun auch für

die Frauen geöffnet. Das heisst, Männer werden für das Erwerbsausfallrisiko Militär versichert, Frauen werden für das Erwerbsausfallrisiko Mutterschaft versichert. Anspruch auf den Erwerbsausfall haben alle angestellten Frauen, selbständigerwerbende Frauen sowie Bäuerinnen und Ehegattinnen, die im Betrieb ihres Mannes gegen einen Barlohn mitarbeiten.

#### Gleichbehandlung von Mann und Frau

Es braucht keine neue Sozialversicherung und keine zusätzliche Administration. Ohne nationale Lösung besteht die grosse Gefahr, dass jeder Kanton eine eigene Mutterschaftsversicherung einführen wird. Administrative Umtriebe und deutliche Mehrkosten wären die Folge. Die EO wird über Lohnbeiträge finanziert, es müssen also keine neuen Steuern erhoben werden. Vielmehr wird die öffentliche Hand – wie alle anderen Arbeitgeber auch – finanziell entlastet. Diese Lösung berücksichtigt das Prinzip der Gleichbehandlung, Frauen werden nicht länger als Ausfallrisiko bezeichnet. Zudem müssen jüngere Frauen nicht mehr befürchten, als Risiko angesehen und so bei der Stellensuche benachteiligt zu werden. Zudem ist es unsinnig, wenn der Staat heute Müttern ein achtwöchiges Arbeitsverbot auferlegt, im Gegenzug jedoch nicht bereit ist, eine gleich lange



Otto Ineichen

Lohnfortzahlung zuzugestehen.

Noch eine weitere Ungerechtigkeit in der Gleichstellung wird beseitigt: erwerbstätige Frauen haben bisher einen Teil ihres Lohnes in die Erwerbserersatzkasse einbezahlt und haben jedoch nichts zurück erhalten, da dieses Geld nur für die Militärpflichtigen vorbehalten war. Frauen werden nun künftig auch von ihrem Einsatz profitieren.

#### KMU werden entlastet

Aus der Sicht des Unternehmers bin ich für diese ausgewogene und kostengünstige Lösung. Kleine und mittlere Unternehmen werden finanziell entlastet, weil sie den Mutterschutz nicht mehr nur alleine berappen müssen. Die Kosten für den Mutterschaftsurlaub werden nicht wie bisher nur von den Arbeitgebern getragen, sondern neu von den Arbeitnehmern. Die frauentypischen Branchen werden entlastet, Unternehmen aller Branchen

müssen sich solidarisch beteiligen.

Firmen hingegen, die sich bereits vorbildlich engagiert haben und mehr Lohnfortzahlung als das gesetzliche Minimum erbracht haben, werden finanziell entlastet.

Von den Gegnern wird behauptet, diese Abstimmung sei eine Zwängerei. Die vorhergehenden Abstimmungen wurden jedoch nicht abgelehnt, weil das Volk gegen eine Mutterschaftsversicherung war, sondern weil ihm die Art der Finanzierung nicht zusagte. Erst noch 1999 wurde der Verfassungsauftrag für eine Mutterschaftsversicherung vom Volk erneuert. Die vorherigen Vorlagen waren zu umfassend und zu teuer.

Diese Vorlage will nicht mehr Staat, sondern gerade umgekehrt eine gerechtere Rückverteilung an die zahlenden Privaten. Aus all diesen Gründen engagiere ich mich für die EO-Revision vom 26. September 2004 und lege ein überzeugtes Ja in die Urne. ■

## Mit neuem Elan in die Zukunft

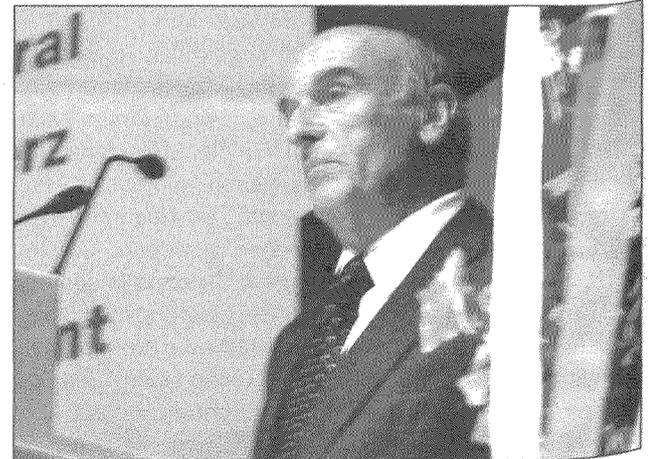
Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 21. August in Zofingen



Grosse Zustimmung: Die Delegierten stimmen dem Neuen Finanzausgleich (NFA) grossmehrheitlich zu.



Interessante Diskussion: Bundesrat Couchepin im Gespräch mit Markus Gisler (Chefredaktor «Aargauer Zeitung»).



Bundesrat Hans-Rudolf Merz erläutert den Delegierten die finanzpolitische Situation.

### Geschäftsleitung der FDP Schweiz

SR Rolf Schweiger	Parteipräsident
NR Marianne Kleiner	Vizepräsidentin
Léonard Bender	Vizepräsident Romandie
RR Marina Masoni	Vizepräsidentin italienische Schweiz
NR Ruedi Noser	Vizepräsident Deutschschweiz
NR Fulvio Pelli	Präsident der FDP-Fraktion
SR Erika Forster	Vizepräsidentin der FDP-Fraktion
NR Felix Gutzwiller	Vizepräsident der FDP-Fraktion
Bundesrat Pascal Couchepin	Vorsteher EDI
Bundesrat Hans-Rudolf Merz	Vorsteher EFD
RR Marianne Dürst	Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz
Daniel Helfenfinger	Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz
Guido Schommer	Generalsekretär
Peter Briner	Ständerat SH
Didier Burkhalter	Nationalrat NE
John Dupraz	Nationalrat GE
Charles Favre	Nationalrat VD
Jean-Paul Glasson	Nationalrat FR
Filippo Leutenegger	Nationalrat ZH
Christa Markwalder Bär	Nationalrätin BE
Johannes Matyassy	Präsident FDP BE
Philipp Müller	Nationalrat AG
Sabine Pegoraro	Regierungsrätin BL
Thomas Pfisterer	Ständerat AG
Fritz Schiesser	Ständerat GL
Georges Theiler	Nationalrat LU
Christian Wanner	Regierungsrat SO

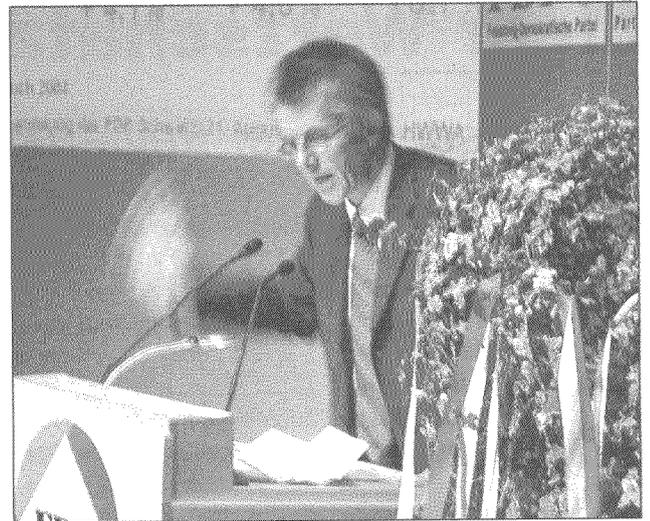
### Parolen der FDP Schweiz

#### Volksabstimmungen vom 26. September 2004

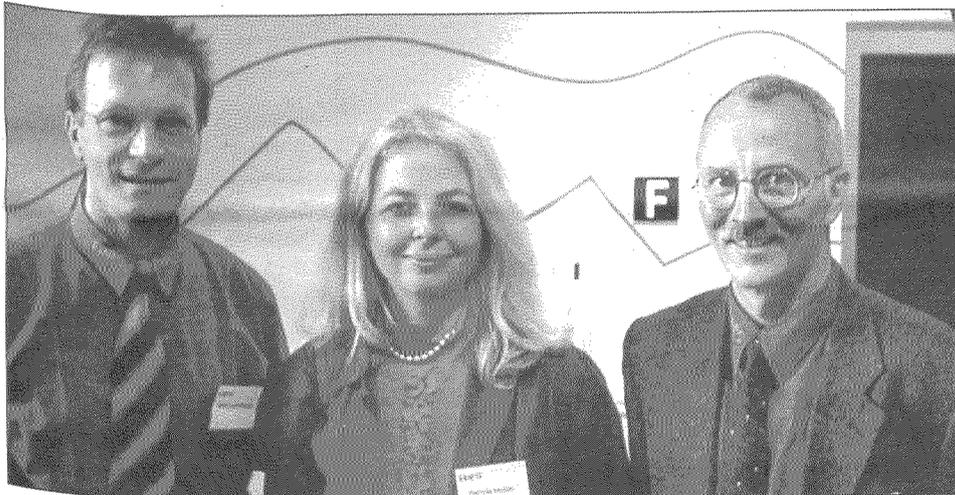
■ EO-Revision (Mutterschaftsurlaub)	<b>Ja</b>
■ Bürgerrecht 2. Generation	<b>Ja</b>
■ Bürgerrecht 3. Generation	<b>Ja</b>
■ Post-Initiative	<b>Nein</b>
<b>28. November</b>	
■ Neugestaltung Finanzausgleich Bund/Kantone	<b>Ja</b>



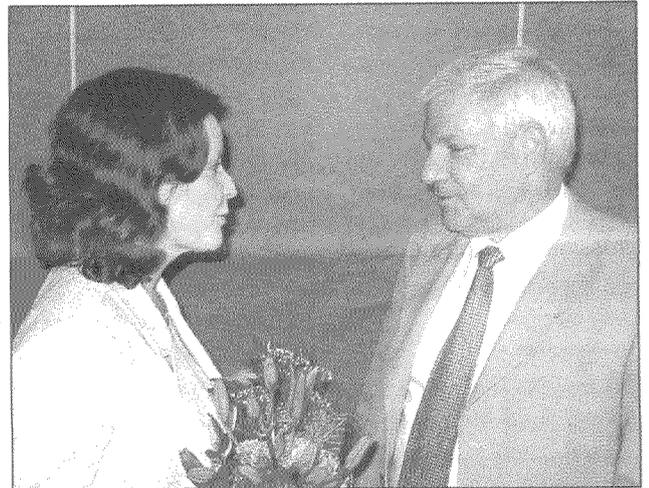
Das neue Präsidium der FDP Schweiz: Marianne Dürst (Präsidentin FDP-Frauen), Léonard Bender (Vizepräsident), Marianne Kleiner (Vizepräsidentin), Rolf Schweiger (Parteipräsident), Ruedi Noser (Vizepräsident), Marina Masoni (Vizepräsidentin) und Daniel Helfenfinger (Präsident Jungfreisinnige).



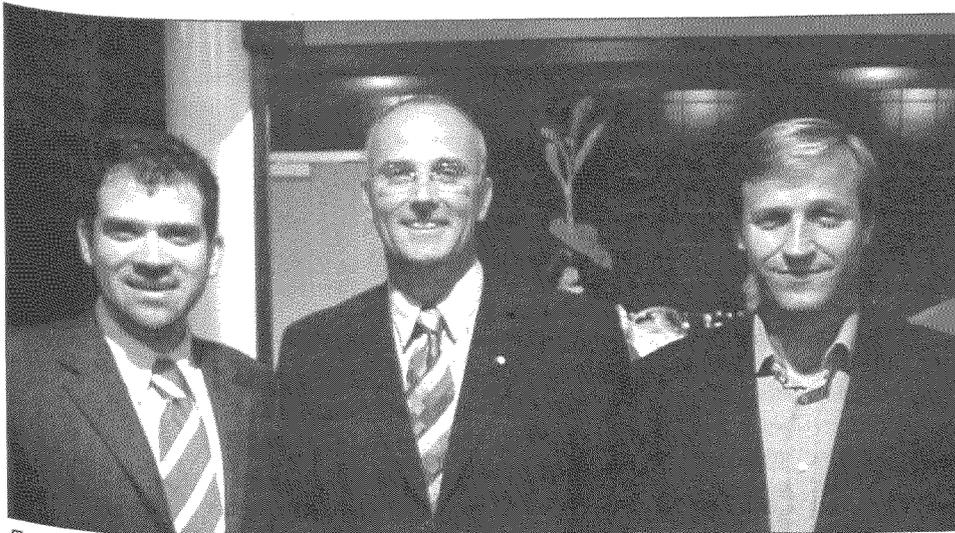
Kann man mit liberaler Reformpolitik Mehrheiten (Wahlen) gewinnen? Prof. Thomas Straubhaar versuchte diese Frage zu beantworten.



Ohne OK keine DV: Heinz Leuenberger, Patrizia Misteli und Daniel Schmid von der FDP Zofingen.



Congratulazioni! Schwatz nach der Wahl: Die neue Vizepräsidentin Marina Masoni mit Rolf Schweiger.



Entspannt vor der Wahl? Die drei Kandidaten fürs welsche Vizepräsidium: Damien Cottier, Charles Favre und Léonard Bender v. l. n. r.



Appenzellerin und Zürcher: Die beiden Deutschschweizer Vizes Ruedi Noser und Marianne Kleiner.

Fotos nob

## Mehr Wertschätzung gegenüber Frauen

### Der Ausserrhoder Regierungsrat und Ständerat im Gespräch

**Ständerat Hans Altherr bemängelt den fehlenden Willen, Lösungen zu suchen und umzusetzen. Dem Appenzeller, der gerne Mountainbike fährt und Spaghetti isst, gefällt die liberale Grundhaltung der FDP, gepaart mit sozialer Verantwortung.**

*«Freisinn»: Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf begründet sich ihre grösste Hoffnung?*

**Hans Altherr:** Ich hoffe auf die Fähigkeit der Menschen, die Chancen und die Probleme zu erkennen, und auf deren Vernunft, danach zu handeln.

*Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?*

Oft zweifle ich sehr, ob meine Hoffnungen und Erwartungen laut Antwort auf die letzte Frage berechtigt sind.

*Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?*

Am wichtigsten das Rad, am entbehrlichsten der Kopierapparat (vor allem seit ich im Parlament bin).

*Was lieben Sie an der Schweiz?*

Das Recht auf freie Meinungsäusserung, die kulturelle, sprachliche, politische und landschaftliche Vielfalt, die angenehme

Grösse des Landes (weder zu klein noch zu gross).

*Was missfällt Ihnen in unserem Land?*

Zurzeit am meisten die fehlende Streitkultur (die Probleme werden zu wenig angesprochen, es wird kaum sachlich diskutiert) und der mangelnde Wille, Lösungen zu suchen und umzusetzen.

*Warum sind Sie bei der FDP?*

Mir entspricht die liberale Grundhaltung, gepaart mit sozialer Verantwortung, der Partei.

*Gäbe es einen Nobelpreis für eine(n) Politiker(in), wem würden Sie diesen verleihen?*

Verschiedene haben den Friedensnobelpreis erhalten; ob zu Recht kann ich nicht beurteilen. Würde man einen Politikernobelpreis schaffen, so müsste zunächst definiert werden, was einen Politiker/eine Politikerin besonders auszeichnet. Das wären dann vermutlich je nach den Herausforderungen, die sich gerade stellen, sehr verschiedene Eigenschaften. Mir persönlich haben die Leistungen Churchills, insbesondere in Zeiten des Krieges, immer sehr imponiert.

*Wodurch kann Sie eine Politikerin oder ein Politiker überzeugen?*



Hans Altherr

Durch fundierte Dossierkenntnis und logische Argumentation wie auch durch Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit.

*Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?*

Ein unerschöpfliches und deshalb hier nicht zu vertiefendes Thema. Auf politischer Ebene besteht (leider) nach wie vor Handlungsbedarf, insbesondere

dere weil viele Männer den Frauen zu wenig Wertschätzung entgegenbringen.

*Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?*

Klavier spielen.

*Was ist Ihre persönliche Schwäche?*

Im Grunde bin ich faul.

*Was ist Ihre persönliche Stärke?*

Ich kann meine Faulheit gut verstecken und arbeite recht effizient.

*Welches Buch lesen Sie zurzeit?*

Den neusten Kriminalroman von Donna Leon, ein Schachbuch und zwischendurch immer wieder Essays von Michel de Montaigne.

*Was tun Sie, um sich fit zu halten?*

Ich «bike» ziemlich regelmässig an den Wochenenden, wandere, turne etwas, wenn mir der Rücken weh tut, und halte nach Möglichkeit mein Gewicht tief.

*Das Gespräch mit Hans Altherr führte Stefan Nobs vom GS der FDP Schweiz.*

### Kurzbiographie

**Alter:** 54

**Beruflicher Werdegang:** Studium der Rechte in Genf und Zürich, Abschluss als Dr. iur., Rechtsanwalt in St. Gallen und Trogen, Jugendanwalt (= Jugendstaatsanwalt) von Appenzell Ausserrhoden, Unternehmer (Inhaber einer kleinen Werkzeugfabrik).

**Politischer Werdegang:** Gemeinderat und Gemeindehauptmann (= Gemeindepräsident) in Trogen, Kantons-

rat, Regierungsrat, Landammann in Appenzell Ausserrhoden.

**Liebste Tätigkeit:** Schach.

**Lieblingessen:** Spaghetti in allen Variationen.

**Mit wem würden Sie dieses Essen am liebsten einnehmen?**

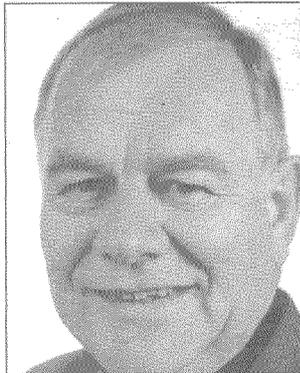
Mit meiner Partnerin, weil ich sie so selten treffe und weil sie die besten kocht.

## Überflüssig, weil fast erfüllt

### Nein zur neuen Poststeuer am 26. September

Am kommenden 26. September stimmen Volk und Stände über die Initiative aus Gewerkschaftskreisen ab, die den verführerischen Namen «Postdienste für alle» trägt.

Von Ständerat Hans Hess,  
Sarnen OW



Hans Hess

#### Service public muss sich verändern können

Der postalische Service public unterliegt genauso wie andere Wirtschaftszweige Veränderungen, die einerseits die Kundschaft herbeiführt, andererseits der technische Wandel und drittens die weltweite Verflechtung der schweizerischen Exportwirtschaft, die sehr von einer über die Grenzen hinweg funktionierenden, qualitativ hoch stehenden Schweizerischen Post abhängt. Nebenbei: 80 Prozent des Umsatzes der Post stammt von der Geschäftskundschaft, der Rest von der Privatkundschaft aus der Bevölkerung. Wenn an den Postschaltern der Verkehr drastisch zurückgeht – von 2000 bis 2003 bei der Briefpost um 27 Prozent, bei den Paketen um 32 Prozent und selbst bei den Einzahlungen um 5 Prozent – dann ist Anpassung und Innovation gefragt. Die Post hat inzwischen gezeigt, dass sie in der Lage ist, sich solchen Entwicklungen anzupassen, und das erst noch zur Zufriedenheit der Kundschaft.

#### Zufrieden mit den Alternativen

Der bisherige Umbau des Poststellennetzes ist durch vier Typen von Poststellen geprägt, die es teilweise schon früher gab, die aber zusätzlich gefördert und an die heutigen Bedürfnisse angepasst wurden. So betreiben beispielsweise Partner im Auftrage der Post eine Agentur. Partner können Detaillisten, Gemeinden, Bahnen und Tourismus-Organisationen sein. Dadurch profitiert die Kundschaft von attraktiveren Öffnungszeiten. Das wiederum ermöglicht einen Rückgang der Warteschlangen in Spitzenzeiten. Neu wurde der Haus-Service eingeführt. Wer dies am Vortag signalisiert, bei dem erbringt der Briefträger die gewünschte postalische Grundversorgung auf seiner ordentlichen Zustelltour. Der Postschalter kommt an die Haustür. Und schliesslich verkehren im bündnerischen Calanca- und im basellandschaftlichen Leimental seit den Neunzigerjahren mobile Poststellen. Die Postdienstleistungen werden hier in einem Fahrzeug angeboten.

#### Netz bewährt sich

Mit rund 2660 Poststellen und 880 Hausservices hat die Post immer noch eines der dichtesten Poststellennetze der Welt. Wenn der Netzbau Ende Jahr abgeschlossen sein wird, gibt es noch 2500 Zugangsstellen. Selbst dann bleibt es dabei, dass unser Land

am meisten Zugangsstellen zur postalischen Grundversorgung haben wird.

#### Die Post als Arbeitgeberin in der Region

Die Initianten pochen auch darauf, dass es ihnen um Arbeitsplatzhaltung in den Rand- und Bergregionen gehe. Rund 25% ihres Personalbestandes von insgesamt 41 000 Vollzeitstellen wohnen in Randregionen. Das sind 10 000 Arbeitsplätze. Davon sind 2100 Arbeitsplätze nicht für die Versorgung in der Fläche nötig, sondern rein regionalpolitisch platziert. Hinzu kommen schweizweit 1500 Lehrstellen in neun verschiedenen Berufszweigen. Im schweizerischen Durchschnitt arbeiten 11,2 von 1000 Beschäftigten bei der Post. In Randkantonen wie Freiburg, Glarus, Graubünden, Thurgau oder Tessin arbeiten 12 bis 14 von 1000 Beschäftigten bei der Post. Das alles bewältigt die Post aus eigener Kraft.

#### Ein klares Nein am 26. September

Die Post arbeitet gut. Sie hat sich den neuen Gegebenheiten innovativ angepasst. Sie hat das aus eigener Kraft geschafft. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind vom Parlament solchen Entwicklungen angepasst worden. Klar ist aber auch, dass die Welt nicht stillsteht. Der Postmarkt in der Schweiz und in Europa entwickelt sich weiter. Die Kunden

richten sich mehr und mehr auf die elektronische Verbreitung von Daten und Informationen ein. Es werden also in Zukunft wieder Anpassungen nötig sein. Deshalb ist diese Initiative eine Zwängerei. Schlimmstenfalls führt sie zu zeitraubenden Verzögerungen, welche die Post gegenüber ihrer Konkurrenz ins Hintertreffen bringt und damit ihre Chancen als sozialverantwortliche Arbeitgeberin unnötig schmälert. Sie gibt mit der angestrebten Defizitgarantie in der Verfassung ein ganz falsches Signal an die Post, an die Kundschaft und an die Politik. Die Mitarbeitenden könnten sich fälschlicherweise auf ein Ruhekissen in Form von Subventionen ausrichten, die Kundschaft hofft irrtümlicherweise auf ein subventioniertes Preisgefüge und die Politik wird der Post weiterhin Spielräume im Markt verbauen und ihr damit Bewegungsfreiheit im Wettbewerb vorenthalten. Subventionen für die postalische Versorgung auf Vorrat zu verlangen, passt nicht in eine Landschaft mit hoher Staatsverschuldung und knappen Ressourcen für viel wichtigere Anliegen, so lange die Post ihren finanziellen Bedarf selber erwirtschaften kann. Und das hat sie in den vergangenen Jahren bewiesen. ■

Schon die heute geltende Verfassung verpflichtet den Bund, eine flächendeckende postalische Versorgung des Landes sicherzustellen. Seit die Post 1998 von der PTT losgelöst wurde, haben die eidgenössischen Räte und die Landesregierung die Anliegen aus der Bevölkerung, welche die Initianten im Jahre 2001 aufnehmen, in Gesetz und Verordnung geregelt. Einzig die Übernahme von Defiziten des Service public haben die eidgenössischen Räte klar abgelehnt, als dieses Begehren zum Entscheid unterbreitet wurde. Die ungedeckten Kosten im Poststellennetz werden mit einer halben Milliarde Franken beziffert. Die Post hat bewiesen, dass sie in der Lage ist, das Geld selber zu erwirtschaften, welches sie für die Infrastruktur des Service public benötigt. Angesichts der leeren Bundeskasse und der vielfältigen Ansprüche für Bildung und Forschung, Soziales, Gesundheitspolitik und so weiter kann eine Subventionsgarantie in der Verfassung nicht in Frage kommen.

## Wichtig – richtig – freisinnig!

### Abschluss der Vernehmlassung zu den 21 Projekten

Am 21. August 2004 ist die offizielle Vernehmlassungsfrist zu den 21 Projekten von «Avenir radical» abgelaufen. Bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe (23. August) konnten die abschliessenden Auswertungen und Analysen noch nicht vorgenommen werden. Bei Erscheinen dieser Ausgabe Anfang September werden diese Arbeiten jedoch abgeschlossen und anschliessend in angemessener Form öffentlich publiziert sein. Für die abschliessenden Vernehmlassungsergebnisse möchten wir Sie auf die Veröffentlichungen in den Medien und im Internet unter [www.avenir-radical.ch](http://www.avenir-radical.ch) hinweisen.

Von Nationalrat

Ruedi Noser, Projektleiter  
Avenir radical,  
Hombrechtikon ZH

Mit «Avenir radical» hat die FDP neue Wege in der politischen Meinungsbildung unter Einbezug und direkter Mitwirkung der Parteibasis beschritten. Der zeitliche Aufwand für die vollständige Beantwortung der jeweils 3 Fragen zu den 21 Projekten sowie für eine allfällige Kommentierung darf als relativ hoch bezeichnet werden. Umso mehr möchten wir uns bei allen Teilnehmerinnen und

Teilnehmern nochmals sehr herzlich bedanken, die diesen unüblichen Aufwand auf sich genommen und damit zum Gelingen von «Avenir radical» beigetragen haben.

Eine abschliessende Würdigung und Beurteilung von «Avenir radical» wird in der nächsten Ausgabe des «Freisinns» folgen.

#### Statistisches zur Projektbewertung

Ohne die abschliessende Auswertung vorwegzunehmen, lassen sich aufgrund der bisher bekannten Re-



Ruedi Noser

sultate bereits folgende Tendenzen ablesen:

- Rund 2000 Personen haben an der Vernehmlassung teilgenommen, über 80% sind FDP-Mitglieder, rund 10% sind Sympathisantinnen und Sympathisanten der

FDP, rund 7% sind andere Interessierte, die sich zu den Projekten geäussert haben.

- Das Durchschnittsalter liegt bei rund 45 Jahren, der Anteil der unter 30-Jährigen wie der über 55-Jährigen ist ver-

gleichsweise klein. Der doch enttäuschend tiefe Frauenanteil beträgt leider weniger als 20%. Deutlich mehr als 80% der Teilnehmenden stammen aus der Deutschschweiz. Sehr gefreut haben uns die Teilnahmen aus der 5. Schweiz, unserer Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer.

- Grosse Unterschiede zwischen der Deutsch- und der Westschweiz sowie zwischen Mann und Frau werden ausbleiben. Es zeigt sich, mit wenigen Ausnahmen, bisher ein ziemlich homogenes Bild in der Bewertung der einzelnen Projekte.

- Zu den 21 Projekten sind bislang rund 4000 Einzelkommentare eingegangen. Hier zeigt sich nochmals deutlich das Engagement aller Teilnehmenden, die nicht nur die Fragen beantwortet, sondern zu-

Anzeige

### Walter Wittmann: Der Sicherheits-Wahn

Wie die Schweiz Risiken meidet und Chancen verpasst.

Was ist eigentlich aus unserem einst so dynamischen Land geworden? Wo sind die Pioniere, die aus dem Volk der Hirten eine Top-Industrienation gemacht haben? Sind wir eine Angsthasen-Nation geworden, ein einzig Volk von Zauderern?

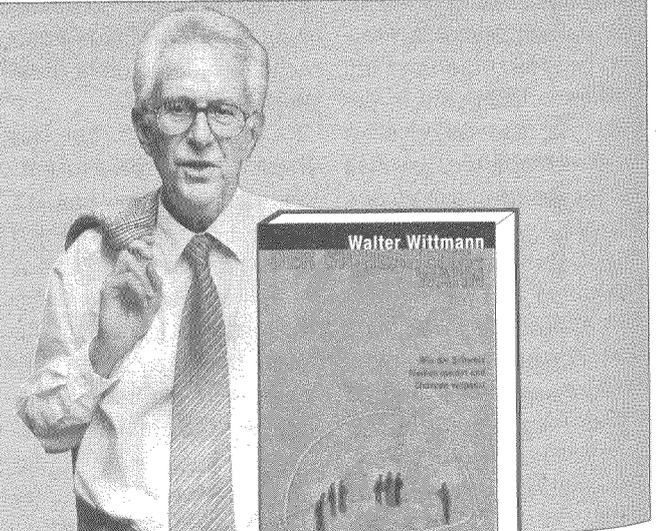
Walter Wittmann sagt, weshalb die Schweizer mutiger werden sollten. Jetzt erschienen. 104 Seiten. Gebunden Fr. 29.80

Vom gleichen Autor:  
Der helvetische Filz, 39.80  
Helvetische Mythen, 39.80

In jeder Buchhandlung oder beim

**Verlag Huber Frauenfeld**

Postfach, CH-8501 Frauenfeld  
Tel. 052 723 57 91 [www.huber.ch](http://www.huber.ch)



sätzlich noch eigene Gedanken und Überlegungen zu den vorliegenden Projekten formuliert haben. Diese erfreulich vielen Kommentare werden in den nächsten Tagen ebenfalls noch eingehend analysiert und für die Gesamtbewertung berücksichtigt.

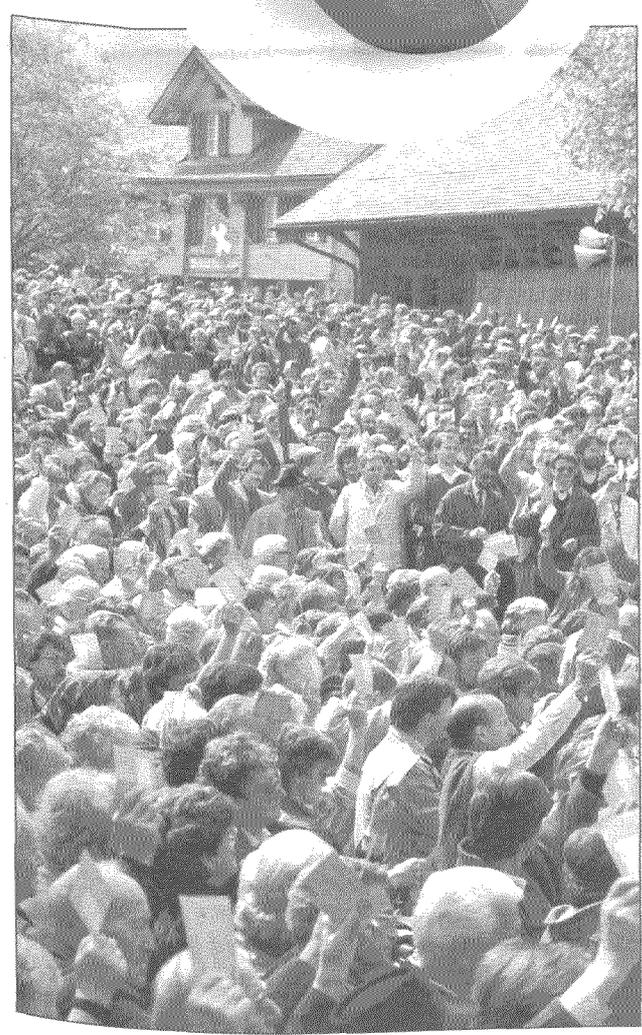
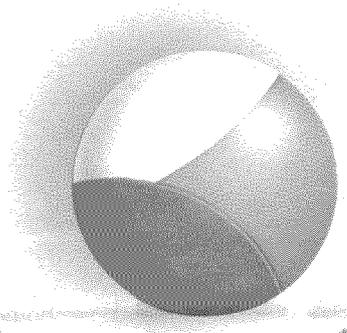
reits folgende Schlüsse ziehen:

Alle unsere Mitglieder, ob sie in der Deutschschweiz oder in der lateinischen Schweiz wohnhaft sind, ob Frauen oder Männer:

- befürworten einen Subventionsabbau;
- sind sich einig, dass die Stärkung des Wettbewerbes für die Schweiz wichtig ist;
- sind sich einig, dass das Steuersystem auf der Grundlage der Individualbesteuerung einfacher

## Projektauswahl

Aufgrund der Rangierungen der Projekte sowie einer Erstanalyse der erhaltenen Kommentierungen der FDP-Mitglieder lassen sich ebenfalls vor Abschluss der vollständigen Auswertungen be-



und zeitgemäss ausgestaltet werden muss;

- machen sich stark für eine Harmonisierung der Schulsysteme.

Neben der eigentlichen Bewertung werden aber auch politische Überlegungen für die definitive Projektauswahl eine wichtige Rolle spielen. Bei Redaktionsschluss des Freisinns

wiesen folgende Projekte die besten Bewertungen auf:

- **Projektkorb «Wachstum»**  
P 21 (Subventionsabbau), P 05 (Destination Wettbewerb) und P 10 (Einfach steuern)
- **Projektkorb «Gesellschaft»**  
P 01 (Schulharmonie), P 15 (Arbeit vor Sozial-

leistungen) und P 11 (Individualbesteuerung).

Die abschliessende Auswahl der Projekte, die an der Liberalen Landsgemeinde in Stans präsentiert werden, hat die Geschäftsleitung der FDP Schweiz an ihrer Sitzung vom 30. August 2004 beschlossen. ■

## Am 12. September nach Stans

Die von der Geschäftsleitung beschlossene Projektauswahl wird an der Liberalen Landsgemeinde vom 12. September 2004, dem Parteitag der FDP in Stans, präsentiert. Sie alle, die dort teilnehmen werden, erhalten dann die bislang einmalige Gelegenheit, in unmittelbarer Entscheidung über diejenigen Projekte definitiv zu beschliessen, die in der Folge von der FDP politisch umgesetzt und realisiert werden sollen.

Die präsentierten Projekte können – wie an der Nidwaldner Landsgemeinde üblich – aber noch verändert werden. Es können gegenüber den Projekten, wie sie jetzt vorliegen, Inhalte hinzugefügt oder wegge-

nommen werden. Es können weniger oder auch andere als die vorgeschlagenen Projekte ausgewählt werden. Hingegen wird es nicht möglich sein, andere als die vorliegenden 21 Projekte auszuwählen.

Benutzen Sie also die einmalige Gelegenheit, als aktives FDP-Mitglied am Parteitag der FDP in Stans unmittelbar und direkt an der politischen Entscheidungsfindung mitzuwirken!

Wir freuen uns über Ihre Teilnahme und danken Ihnen für Ihre Anmeldung. Weitere Informationen über den Ablauf der Landsgemeinde und die definitive Projektauswahl finden Sie unter:

[www.avenir-radical.ch](http://www.avenir-radical.ch)

## Anmeldung

JA, ich nehme an der Liberalen Landsgemeinde vom 12. September 2004, von 12.00 bis ca. 15.00 Uhr in Stans teil und bringe noch

\_\_\_\_\_ Personen mit.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ, Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

FDP-Ortspartei: \_\_\_\_\_

Talon ausschneiden und einsenden an:

FDP Schweiz, «Avenir radical», Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, oder senden Sie ein E-Mail mit Ihren Angaben an [info@avenir-radical.ch](mailto:info@avenir-radical.ch).

Wir freuen uns auf einen Grossaufmarsch in Stans!

## Familienfreundlich und wirtschaftsverträglich

### Die Pressekonferenz der Parteifrauen zum Mutterschaftsurlaub

Erstmals engagieren sich Exponentinnen der Frauen-Gruppierungen aller in der Bundesversammlung vertretenen Fraktionen gemeinsam für eine Abstimmungsvorlage. Die Parteifrauen sind sich einig: Nach langem und zähem Ringen soll der Verfassungsauftrag für einen besseren Mutterschutz endlich umgesetzt werden. Die Revision des Erwerbssatzgesetzes ist familienfreundlich und wirtschaftsverträglich und stellt eine wichtige Rahmenbedingung zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit dar.

Von Barbara Perriard,  
Generalsekretärin  
der FDP Frauen Schweiz

Mit einer gemeinsamen Pressekonferenz im Kinderbuch- und Spielwarenladen «Chlätterbär» in Bern engagierten sich erstmals Exponentinnen der Frauen-Gruppierungen aller in der Bundesversammlung vertretenen Fraktionen gemeinsam für eine Abstimmungsvorlage. Seit Anfang 2004 finden überparteiliche Frauentreffen statt.

Die Pressekonferenz war die erste gemeinsame Aktion dieses informellen Gremiums.

Neben der Präsidentin der FDP Frauen Schweiz, Regierungsrätin Marianne Dürst (GL), nahmen auch Grossrätin Ida Glanzmann (LU), Präsidentin der CVP Frauen Schweiz, Nationalrätin Maria Roth-Bernasconi (GE), Co-Präsidentin der SP Frauen Schweiz, sowie Nationalrätin Ruth Genner (ZH), Präsidentin der Grünen, an der Presse-



Eine Win-Win-Situation. Die neue Generalsekretärin der FDP Frauen im Gespräch mit dem Journalisten Erik Reumann.

konferenz teil. Im Weiteren referierten Judith Renner-Bach (BE), Vizepräsidentin der SVP Bern, Grossrätin Manuela Surdez (NE), Liberale Partei, und Gross-

rätin Marianne Streiff (BE), EVP.

#### Breite Unterstützung

Die Unterstützung für den Erwerbssatz bei Mutterschaft ist denkbar breit: Bereits im Zeitpunkt der Schlussabstimmung in der Herbstsession 2003 haben alle Frauen der Bundesversammlung, von links bis rechts, von jung bis alt, von Genf bis St. Gallen und von Basel bis ins Tessin, also sämtliche National- und Ständerätinnen, der Revision des Erwerbssatzgesetzes zugestimmt. Dies ist keine Selbstverständlichkeit. In der Vergangenheit ist es den Frauen zwar immer wieder gelungen, über die Parteigrenzen hinweg Brücken zu bauen und für

einzelne Anliegen oder Vorlagen in wechselnden Koalitionen gemeinsam zu werben. Doch auch bei so genannt «klassischen Frauenanliegen» – zu denken ist beispielsweise an die Fristenregelung – ist es in den vergangenen Jahren leider nie wirklich gelungen, geschlossen für ein Ziel einzutreten.

#### Mutiges Eintreten

Auch verschiedene prominente SVP-Vertreterinnen haben die Revision des Erwerbssatzgesetzes mitinitiiert und mitgeprägt. Sie tragen diese auch ungeachtet gewisser Widerstände mit, denn die Zeit für den Mutterschaftsurlaub ist reif. Und die am 26. September zur Abstimmung gelangende Vorlage

### Schlagkräftige Strukturen – Generalsekretärin für FDP Frauen Schweiz

Die FDP Frauen Schweiz verbessern mit Unterstützung der FDP Schweiz ihre Strukturen und haben anlässlich ihrer Geschäftsleitungssitzung am 20. August in Zofingen Barbara Perriard als erste Generalsekretärin eingesetzt. Dadurch sollen Frauenanliegen prononcierter durchgesetzt werden. Ziel der neuen Strukturen ist die aktive Frauenförderung und Erhöhung des Frauenanteils in Parteigremien, öffentlichen Ämtern sowie die Steigerung des Wählerinnenanteils der FDP. Zu den Aufgaben der Generalsekretärin gehören unter anderem die permanente Aufbauarbeit von Frauen, eine professio-

nelle Strategie-, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit der FDP Frauen, effizienter fachlicher Support für Kandidatinnen und Politikerinnen, die Intensivierung von Netzwerken sowie die generelle Sensibilisierung für Frauenanliegen auf allen politischen Ebenen von den Jungfreisinnigen und FDP-Kantonalparteien bis hin zur Bundeshausfraktion. Weiter wird die Frauen-Generalsekretärin frauen- und gesellschaftsspezifische Mandate für die FDP Schweiz übernehmen. Barbara Perriard stammt aus dem Kanton Baselland. Sie lebt mit ihrem Mann und den beiden Söhnen in Köniz (BE).



Seriöse Allianz in verspieltem Ambiente: v. l. n. r. Ida Glanzmann, Marianne Dürst, Maria Roth Bernasconi, Ruth Genner, Manuela Surdez, Marianne Streiff.

überzeugt: Sie ist familienfreundlich und wirtschaftsverträglich...

### Fair, einfach, unbürokratisch

Die Revision des Erwerbsersatzgesetzes ist eine ausgewogene und wichtige gesellschafts- und wachstumspolitische Vorlage. Es handelt sich weder um eine neue Sozialversicherung noch um eine Wieder Auflage der Abstimmung von 1999, sondern um ein neues Modell. Die Vorlage ist fair, einfach und unbürokratisch. Die Finanzierung ist langfristig gesi-

chert. Es ist eine partnerschaftliche Lösung, die Vorteile für Mütter und Väter, für die Angestellten sowie für die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, aber auch für Selbständigerwerbende sowie für Bauernfamilien mit sich bringt.

### Symbolischer Akt

Gerade mit der Wahl eines Kinderbuch- und -Spielwarenladens als Veranstaltungsort für die Pressekonferenz wurde deutlich gemacht, worum es bei dieser Vorlage eigentlich geht. Es geht um das Kind, und es geht um die Mög-

## MIT ERFOLG POLITISIEREN!

Maintenant aussi en français!

**Inhalt:**

**ERFOLGREICH POLITISIEREN**

1. Haben Sie das Zeug dazu?
2. Die Psychologie der erfolgreichen Kommunikation
3. Die Kunst des Dialogs

*Deutsche gedruckte Fassung gratis gegen ein frankiertes Antwortcouvert:*

FDP Frauen der Stadt Zürich  
Carmen Walker Späh  
Präsidentin  
Waidstrasse 11  
8037 Zürich

oder digital <http://www.fdp-zhstadt-frauen.ch>

**Contenu:**

**UN ENGAGEMENT POLITIQUE COURONNÉ DE SUCCÈS**

1. Avez-vous les outils?
2. Une communication qui conduit au succès
3. L'art du dialogue

*Version papier en français disponible gratuitement (les flyers seront disponibles ultérieurement et sur demande) auprès de:*

Femmes radicales Suisse  
à l'att. de Mme Barbara Perriard  
Case postale 6136  
3001, Berne

[perriard@fdp.ch](mailto:perriard@fdp.ch) ou  
<http://www.fdp-zhstadt-frauen.ch>



FDP  
Frauen der Stadt Zürich



PRDO  
Femmes radicales Suisse



Lachen Marianne Dürst und Maria Roth-Bernasconi über die vermeintlichen «Staatskinder»?

Fotos bp/nob



Im Zentrum der Aufmerksamkeit: Die Freisinnigen spielen bei der Abstimmung über die EO-Revision die zentrale Rolle.

lichkeit einer wirtschaftlich sorgenfreien Betreuung durch seine Eltern in der Zeit nach der Geburt. Mit

der Einführung des Mutterchaftsurlaubes wird eine wichtige Rahmenbedingung zugunsten der besse-

ren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit geschaffen. Denn ob wir es wollen oder nicht, ob wir es gutheissen oder ablehnen: Die Berufstätigkeit beider Elternteile ist heute eine Realität, und es ist die Aufgabe der Politik, Lösungen für die Wirklichkeit bereitzustellen. Gleichzeitig profitiert die Wirtschaft von der Vorlage. Sie wird durch die Revision finanziell entlastet. Und gerade für den Detailhandel und andere KMU-Betriebe mit vielen weiblichen Angestellten ist dies ein entscheidendes Argument. Mit einem Ja am 26. September 2004 gewinnen folglich alle. ■

## Jungfreisinnige für die Hanf-Initiative

### Jugendschutz statt unkontrollierbarer Schwarzmarkt

An seiner ordentlichen Versammlung vom 14. August in Schaffhausen hat sich der Delegiertenrat der jungfreisinnigen Schweiz mit einer Dreiviertel-Mehrheit für die Unterstützung der Volksinitiative «Pro Jugendschutz – gegen Drogenkriminalität» ausgesprochen. Die Co-Präsidentin des Initiativkomitees, die jungfreisinnige Nationalrätin Christa Markwalder Bär, erläutert in ihrem Artikel, wieso diese Volksinitiative notwendig wurde.

Von Nationalrätin Christa Markwalder Bär, Vorstandsmitglied jungfreisinnige Schweiz, Burgdorf

Zweimal hatte der Nationalrat die Gelegenheit, auf die Revision des Betäubungsmittelgesetzes einzutreten und hat sie sowohl vor als auch nach den Parlamentswahlen verpasst. Der Ständerat – als gegenwärtiger Hüter der Vernunft unter der Bundeshauskuppel – hatte seinerseits zweimal beschlossen, das bald 30-jährige Betäubungsmittelgesetz zu reformieren. Doch wenn der Nationalrat die Diskussion verweigert und damit unser parlamentarisches Zwei-Kammer-System blockiert, muss die Bevölkerung entscheiden. Unmittelbar nach dem mutlosen Nicht-Eintretens-Entscheid des Nationalrats hat das überparteiliche Komitee «Pro Jugendschutz – gegen Drogenkriminalität» eine Volksinitiative lanciert, die zum Ziel hat, den Konsum, Erwerb und Anbau von Hanfpflanzen für den Eigenbedarf straffrei zu erklären. Gleichzeitig soll der Jugendschutz verbessert und der kommerzielle Anbau und der Hanf

del von Hanf aus der Illegalität herausgeholt und in einen gesetzlichen Rahmen gestellt werden.

#### Mehr als 500 000 Kiffer

Gemäss offiziellen Schätzungen konsumieren in der Schweiz mehr als eine halbe Million Menschen gelegentlich und eine viertel Million unserer Einwohner regelmässig Cannabis. Diese Tatsache verpflichtet die politisch Verantwortlichen einerseits zu einer wirksameren Prävention und andererseits zu einer Entkriminalisierung von Hanf. Heutzutage werden durch die strafrechtliche Verfolgung von Hanf-Konsumenten unnötig finanzielle Mittel in Millionenhöhe gebunden, die in den Bereichen Prävention und Jugendschutz viel wirksamer eingesetzt werden könnten.

Der illegale Drogenhandel avancierte in den letzten Jahrzehnten zu einem der lukrativsten Geschäfte weltweit. Den Profiteuren der Schwarzmärkte ist es aber egal, wie alt ihre Kunden sind. Gemäss den Erfahrungen in anderen europäischen Staaten führt eine verstärkte Repression nicht zu einem Rückgang



Christa Markwalder Bär

des Cannabis-Konsums. Staaten mit einer restriktiven Gesetzgebung wie Dänemark und die Schweiz weisen eine weit höhere Anzahl an Cannabis-Konsumenten auf als beispielsweise die Niederlande mit ihrer vergleichsweise liberalen Drogenpolitik. Im kriminellen Umfeld vermischen sich die Märkte der verschiedenen illegalen Substanzen mit fatalen Folgen. Jugendliche Konsumenten sind gezwungen, Cannabis dort zu erwerben, wo auch Kokain, Heroin oder Designerdrogen angeboten werden. Dadurch steigt die Versuchung, auch andere Drogen zu probieren und es droht die Gefahr neuer Abhängigkeit. Eine Reform im

Umgang mit weichen Drogen drängt sich deshalb auf.

#### Eigenverantwortung stärken

Innert kürzester Zeit sind 65 000 Unterschriften für die Hanfinitiative gesammelt worden – diese Tatsache beweist, dass das Anliegen in der Bevölkerung grossen Zuspruch findet. Auch die jungfreisinnigen Schweiz haben beschlossen, die Volksinitiative zu unterstützen. Den Jungfreisinnigen ist es ein grosses Anliegen, dass der Konsum von Cannabis nicht verharmlost wird, sondern dass die Eigenverantwortung gestärkt wird. Die Aussage von FDP-Präsident Rolf Schweizer «Es

kann nicht Aufgabe des Staates sein, den Menschen vor sich selbst zu schützen» unterstützen wir vollumfänglich.

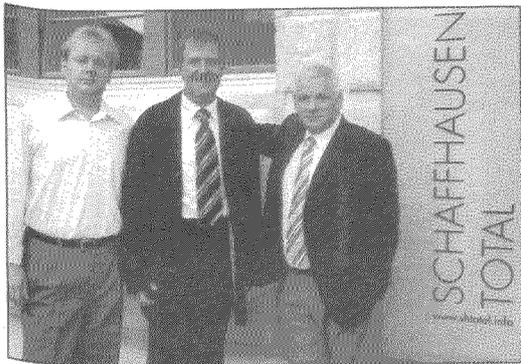
#### Erfolgreiches fortführen

Die Anfang der 90er Jahre eingeschlagene Drogenpolitik wurde Opfer ihres eigenen Erfolges. Das Elend der offenen Drogenszenen damals in allen grösseren Schweizer Städten zwang die Politik zum Handeln. In der Folge wurde ein pragmatischer Weg mit Prävention, Schadensminderung und Überlebenshilfe, Therapie und Repression eingeschlagen, der im Betäubungsmittelgesetz hätte verankert werden sollen. Die Stimmberechtigten lehnten zudem zwei extreme Volksinitiativen «Jugend ohne Drogen» und «Droleg» ab und bestätigten so indirekt die Stossrichtung der schweizerischen Drogenpolitik. Da aber der Nationalrat mit seinem Nicht-Eintretens-Entscheid die Augen vor der Realität verschlossen hat und die notwendigen drogenpolitischen Reformen verweigerte, kann die Bevölkerung mit einer moderaten Verfassungsinitiative korrigierend eingreifen. Unterstützen deshalb auch Sie, liebe Freisinnige, die Initiative «Für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz» mit Ihrer Unterschrift. ■

Weitere Informationen unter [www.projugendschutz.ch](http://www.projugendschutz.ch)

# Schaffhausen total

## Delegiertenrat der Jungfreisinnigen in Schaffhausen



Willkommen in Schaffhausen! Der Schaffhauser Stadtpräsident Marcel Wenger (FDP, Bildmitte) mit den beiden Präsidenten Daniel Helfenfinger und Rolf Schweiger.



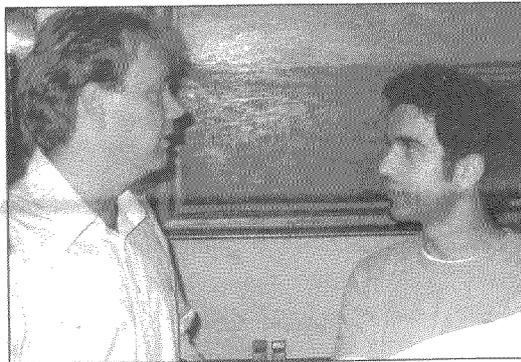
FDP-Präsident Rolf Schweiger begrüsst die jungfreisinnigen Delegierten.



The winner is Uri! Der Delegiertenrat entschied sich für die Kongress-2005-Kandidatur Uri. Die Urner Delegation nach der erfolgreichen Ausmarchung.



Auf zu neuen Ufern: jfs-Präsident Daniel Helfenfinger (2. v. r.) mit anderen Jungfreisinnigen auf dem Rhein.



Daniel Helfenfinger im Gespräch mit Nihat Tektas, Präsident der Jungen FDP Schaffhausen.



Monika Guth, Präsidentin der jf Basel-Stadt mit Armin Camenzind vom Vorstand der jfs. Fotos nob

## Aktion C5-Couverts ohne Fenster mit FDP-Logo

Bestellungen direkt bei  
**Goessler AG, Zürich**  
 Tel: 01 468 66 67  
 Fax: 01 468 66 65  
 E-Mail: [couvert.druck@goessler.ch](mailto:couvert.druck@goessler.ch)

**Bei Bestellung angeben:**  
 Stückzahl (in 1000er-Einheit)  
 Liefer- und/oder Rechnungsadresse

# FDP

**Fr. 66.50** per 1000 Ex.  
 Versandkostenanteil Fr. 15.-  
 Bedruckt in den FDP-Farben

## Johannes Randegger ist neuer Präsident

### Generalversammlung der FDP Schweiz International

Im Rahmen ihrer Generalversammlung vom 20. August wählten die Mitglieder der FDP Schweiz International Nationalrat Johannes Randegger (BS) offiziell zu ihrem neuen Präsidenten, Nationalrätin Christa Markwalder Bär (BE) und Nationalrat Markus Hutter (ZH) wurden in den Vorstand gewählt.

Von Christina Grunder,  
Sekretärin FDP Schweiz  
International

Die FDP Schweiz International führte am 20. August im Rahmen des 82. Auslandschweizer-Kongresses in Winterthur ihre Generalversammlung durch. Im Vordergrund dieser Versammlung stand die offizielle Wahl von Nationalrat Johannes Randegger zum Präsidenten der FDP-Auslandschweizer-Sektion. Nach dem Ausscheiden von Paul Kurrus aus dem Nationalrat im vergangenen Herbst hatte Randegger das Präsidium bereits interimistisch übernommen. Johannes Randegger, Nationalrat seit 1995, Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur sowie der Delegation beim Euro-parat, hat in seiner Kar-

riere mehrfach im Ausland Erfahrungen sammeln können und ist auch durch sein Mitwirken in der Delegation beim Euro-parat mit den Anliegen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer verbunden.

#### Neue Köpfe

Johannes Matyassy ist nach langjähriger Mitarbeit aus dem Vorstand der FDP Schweiz International zurückgetreten. Sein grosser Einsatz zu Gunsten der Auslandschweizer-Sektion der FDP Schweiz sei an dieser Stelle herzlich dankt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Nationalrätin Christa Markwalder Bär (BE) und Nationalrat Markus Hutter (ZH). Markus Hutter wird das neu geschaffene Amt des Vizepräsidenten übernehmen. Der Vorstand der FDP Schweiz International

heisst die neuen Mitglieder herzlich willkommen und dankt für ihre Bereitschaft, sich für die Anliegen der Freisinnigen in aller Welt einzusetzen.

#### Auslandschweizer-Preis

Im Rahmen der diesjährigen Generalversammlung wurde des Weiteren der Jahresbericht des Präsidenten vorgestellt, welcher Auskunft gibt über die Aktivitäten und Aktionen der FDP Schweiz International im Jahr 2002/2003. Im Zentrum stand die Verleihung des Auslandschweizer-Preises 2003: Am 18. März dieses Jahres wurde er im Basler Messturm in Anwesenheit von zahlreichen Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Politik an Herrn Hans Rudolf Würgler aus Misiones, Argentinien verliehen. Hans Rudolf Würgler hat sich mit seinem Schulprojekt «Linea Cuchilla» in hohem Masse um die Interessen der «fünften Schweiz» verdient gemacht und versteht es, die Schweizerinnen und Schweizer, die in der Provinz Misiones leben, tatkräftig zu unterstützen. Als Gastreferentin durfte die FDP Schweiz International damals Frau Carla Del Ponte, Chefanklägerin des UNO-Kriegsverbrecher-Tribunals in Den Haag, begrüßen. Die Ausschreibung für den Auslandschweizer-Preis 2005 erfolgte im August dieses Jahres. Kandidaturen können bis am 8. Oktober 2004 eingereicht werden.



Johannes Randegger begrüsst das langjährige Vorstandsmitglied Francine Asmis.

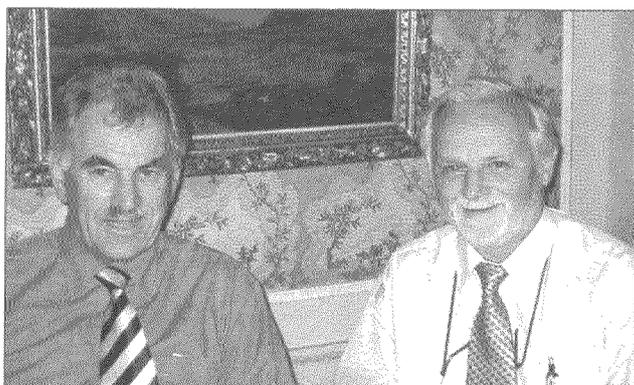
Die Preisverleihung wird im Frühjahr 2005 in Basel stattfinden.

#### Fokus Bürgerrechte

Die Auslandschweizer-Sektion der FDP Schweiz war auch am Samstag am Kongress der Auslandschweizer-Organisation mit einem Stand vertreten. Sie hat sich dort insbesondere für die Abstimmungsvorlagen

zu den Bürgerrechten vom 26. September 2004 eingesetzt.

Die FDP Schweiz International dankt an dieser Stelle ihren Mitgliedern für die Teilnahme an der Generalversammlung und freut sich auf ein Wiedersehen an der Verleihung des vierten Auslandschweizer-Preises im März 2005 in Basel. ■



Internationale unter sich: Der neugewählte Präsident Johannes Randegger (l.) mit dem ehemaligen Präsidenten und alt Nationalrat Erich Müller.

Fotos cg

### Die FDP Schweiz International

Die FDP Schweiz International ist ein Zusammenschluss all jener stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer im Ausland, die sich zu liberalen und freisinnigen Grundsätzen bekennen. Die FDP Schweiz International zählt heute bereits über 160 Mitglieder.

Die Hauptaufgabe der Auslandschweizer-Sektion der FDP besteht darin, die Schweizerinnen und Schweizer im Ausland zu informieren und ihnen so eine aktive Teilnahme am politischen Leben zu ermöglichen. Zudem bietet die FDP Schweiz International ihren Mitgliedern sowohl im Gastland als auch bei Aufenthalten in der Schweiz oder bei der Rückkehr ins Heimatland ein wertvolles Beziehungsnetz, welches ihnen ein rascheres Wiedereingliedern ermöglicht.

**Werden Sie Mitglied der FDP Schweiz International!** Mehr Informationen finden Sie auf unserer Internetseite [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch). Informationsmaterial kann auch auf dem Generalsekretariat der FDP Schweiz, Neuengasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, bestellt werden.

## Ja zu den Bürgerrechtsvorlagen

### Schweizer Pass als Zeichen der vollständigen Integration

**Bei politischen Themen, die stark emotionsbeladen sind, ist es wichtig, einen kühlen Kopf zu bewahren. Am 26. September stimmen wir über die erleichterte Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten und dritten Generation ab. Es gilt deshalb besonders klar zu kommunizieren, worüber wir wirklich abstimmen und worüber nicht.**

Von Nationalrat  
Georges Theiler, Luzern

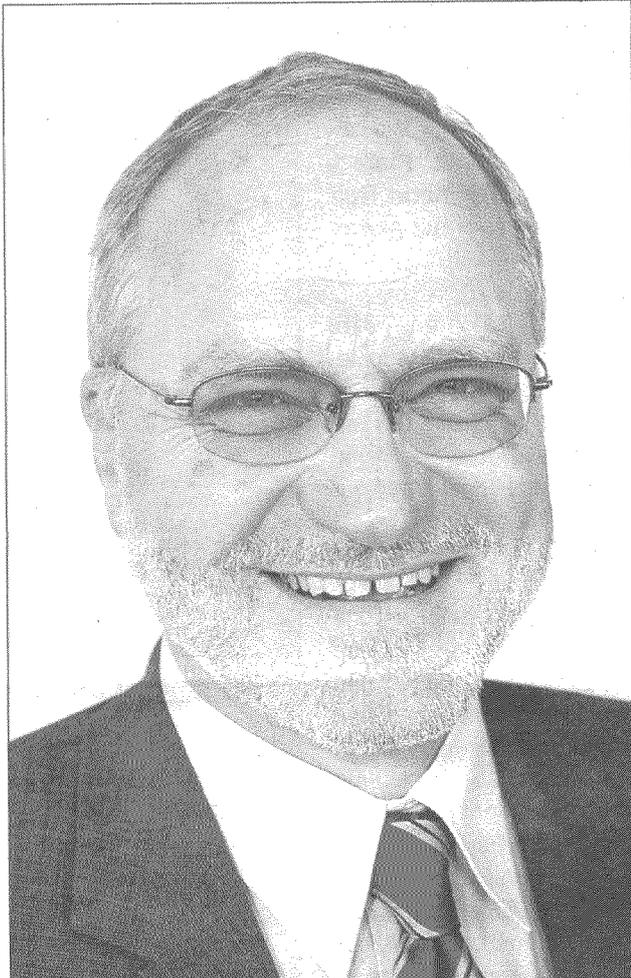
An der Urne wird zwar nur über die beiden Verfassungsänderungen über die erleichterte Einbürgerung von hier sesshaften jungen Ausländern entschieden. Das Parlament hat jedoch die entsprechenden Gesetzesvorlagen bereits ausgearbeitet, damit die Stimmberechtigten auch die geplanten Änderungen auf Gesetzesstufe kennen. So die Verkürzung der Wohnsitzpflicht und die Einführung von kostendeckenden Gebühren bei den «normalen» Einbürgerungen. Die FDP-Fraktion hat sich im Parlament sowohl hinter die Verfassungsänderungen als auch die Gesetzesanpassungen gestellt.

#### Gut integrierte Ausländer

Das schweizerische Einbürgerungsverfahren ist kompliziert und langwierig. Ein Einbürgerungswilliger muss einen langen Instan-

zenweg über die Gemeinde, den Kanton und den Bund zurücklegen, bis er seinen Schweizer Pass erhält. Dieses Verfahren soll nun vereinfacht werden – und zwar für Ausländerinnen und Ausländer der zweiten und dritten Generation. Wer als ausländischer Jugendlicher in der Schweiz aufwächst, hier die Schulen besucht und seine Ausbildung absolviert, ist in der Regel bestens integriert und unterscheidet sich kaum von seinen Schweizer Kolleginnen und Kollegen. Und für mich ein absolut entscheidendes Kriterium für eine Einbürgerung: Er spricht normalerweise eine unserer Landessprachen. Wer hier gut integriert ist, sollte deshalb erleichterten Zugang haben zum Schweizer Bürgerrecht. Dies wird künftig der Fall sein, wenn die Schweizer Stimmberechtigten der Vorlage zustimmen.

Ausländische Jugendliche sollen in der ganzen Schweiz unter einheitlichen Bedingungen erleichtert eingebürgert werden können, wenn sie mindestens fünf Jahre ihrer Schulzeit in der Schweiz absolviert haben und eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung besitzen. Ausserdem müssen die Antragssteller mindestens zwei Jahre in der Einbürgerungsgemeinde gewohnt haben, in der Schweiz integriert und einer Landessprache mächtig sein. Und – sie müssen die Rechtsordnung beachten.



Georges Theiler

#### Erleichterungen für dritte Generation

Ein in der Schweiz geborenes Kind soll das Schweizer Bürgerrecht bei Geburt erhalten, wenn mindestens ein Elternteil in der Schweiz geboren oder aufgewachsen ist. Hier handelt es sich also um die dritte Generation, deren Grosseltern in die Schweiz eingewandert sind. Um zu vermeiden, dass es quasi zu einer Zwangseinbürgerung kommt, haben die Eltern im Namen des Kindes oder später das Kind die Möglichkeit, auf das

Schweizer Bürgerrecht zu verzichten. Das Kind kann zu einem späteren Zeitpunkt jedoch die Verzichtserklärung der Eltern widerrufen. Kein Recht auf automatische Einbürgerung haben – im Unterschied zu den USA etwa –, jene Neugeborenen, deren Eltern sich nur vorübergehend in der Schweiz aufhalten. Sachlich sind die beantragten Verfassungsänderungen für eine erleichterte Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten und dritten Generation gut begründet und

sinnvoll. Bei Fragen der Einbürgerung, oder bei Ausländerthemen generell, spielen nebst dem Kopf jedoch immer auch die Emotionen eine wesentliche Rolle. 1994 stimmte eine Mehrheit Erleichterungen bei der Einbürgerung zu, die Vorlage scheiterte aber am Ständemehr. Auch diesmal – so ist anzunehmen – wird wieder eine stark emotional geführte Debatte manche Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verunsichern.

#### Kein Beschwerderecht

Es gilt deshalb sowohl das unkritische Multikulti-Heilewelt-Geschwafel wie auch die ausländerfeindliche Angstmacherei zu hinterfragen. Wir entscheiden im Herbst nämlich nicht über die Einbürgerung an der Urne und auch nicht über ein mögliches Beschwerderecht. Es geht lediglich darum, das Einbürgerungsverfahren zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. Und dies ausschliesslich für junge Menschen, die in der Schweiz bestens integriert sind und sich nichts haben zuschulden kommen lassen. Für junge Menschen, die in ihrem Herzen längst Schweizerin oder Schweizer sind und es jetzt auch noch auf dem Papier werden sollen. ■

## Auch ein Adler hat zwei Flügel

*Einheit und Geschlossenheit, aber nicht Gleichmacherei*

Kürzlich veröffentlichte die «Sonntagszeitung» ein Rating betreffend die National- und Ständeräte. Bewertet wurde ihr «Gewicht», das heisst ihre Fähigkeit, politisch etwas zu bewegen. Erfreulicherweise figurierten auf den ersten elf Plätzen sechs Vertreterinnen und Vertreter der FDP der Schweiz. Platz 1 belegte unser neuer Parteipräsident, Ständerat Rolf Schweiger. Ihm traut man am meisten zu, etwas politisch bewegen zu können.

Von Herbert Widmer,  
Präsident  
FDP Kanton Luzern

Im Kommentar war aber zu lesen, dass Rolf Schweiger den 1. Platz nur verdiene, wenn es ihm gelänge, die Partei auf eine Linie zu bringen.

Vor den eigentlichen Wahlen ins schweizerische FDP-Präsidium hatte sich Nationalrat Weigelt ins Gespräch gebracht. Er propagierte eine Parteileitung mit drei Vizepräsidenten und 12 von ihm ernannten «Ministern», wobei alle die gleiche politische Richtung zu vertreten hätten. Dies würde zu einer absoluten Geschlossenheit in unserer Partei führen.

### Was würde dies bedeuten?

Zu glauben, dass die Idee Weigelt zu einer erwünschten Einheit und Geschlossenheit in einer Partei führen würde, ist absurd. Es würde sich um eine unerwünschte Gleichmacherei, um eine Gleichschaltung handeln und würde der FDP jede Attraktivität für Politiker und Wähler nehmen und zur Ein- oder Wenig-Themen-Partei führen. Eine echte, erfolgreiche Volkspartei vertritt

aber einen klaren politischen Sektor mit verschiedenen, zu ihrer Politik passenden Themen. Ja, wie eben ein Adler, darf eine Partei auch zwei statt nur einen Flügel haben.

### Ein Flügel allein

Auch die FDP des Kantons Luzern kennt zwei Flügel, einen starken finanz- und wirtschaftspolitischen und einen ebenso engagierten sozialliberalen Flügel. Als Parteipräsident bin ich stolz, eine Partei mit zwei so potenten Flügeln führen zu dürfen. Eine Partei, welche nur aus einem dieser beiden Flügel bestehen würde, würde kaum funktionieren und wäre viel weniger wert. Die Tatsache, zwei Flügel zu besitzen, bringt allein aber noch keinen Erfolg, denn nicht alle verstehen, dass zwei solche Flügel auch zusammenarbeiten können und müssen. Wir haben auch Vertreter der «Wirtschaftsseite», welche nicht verstehen, dass eine FDP auch sozialliberale Gedanken vertreten soll und muss. Andererseits verstehen auch nicht alle Vertreter des sozialliberalen Gedankenguts, dass nur eine sehr gut funktionierende Wirtschaft Garant für die



Herbert Widmer, Arzt und Grossrat

Erfüllung ihrer Ziele sein kann. Das Problem sind daher nicht die zwei Flügel, sondern die teilweise fehlende gegenseitige Toleranz.

### Zusammenarbeit

Für den Adler ist es wichtig, dass seine zwei Flügel durch den Körper verbunden werden. Erst so ist es möglich, dass die Arbeit der beiden Flügel koordiniert wird und eine Balance, ein Gleichgewicht, erreicht wird. Auch die verschiedenen Gruppierungen unserer Partei, welche jede von ihnen die gleiche Daseinsberechtigung haben, müssen bereit sein, sich verbinden zu lassen, bereit, sich zu engagieren und für unsere Ziele zu arbeiten, bereit, die anderen Gruppierungen auch emotional zu verstehen und zusammenzuarbeiten! Eine

Partei – auch eine Ortspartei –, welche nicht fähig ist, Sachdifferenzen offen auszutragen und weiterhin zusammenzuarbeiten, hat ein Problem, welches nicht zu einer freisinnigen Gesinnung passt.

### Ohne Kopf geht es nicht

Zwei Flügel und ein Körper machen noch keinen flug- und lebensfähigen Adler aus. Es braucht selbst-

verständlich auch einen Kopf. Gestatten Sie mir festzustellen, dass es unser aller Köpfe braucht. Nicht nur emotional, sondern auch rational (verständnismässig) müssen wir uns für unsere Partei einsetzen. Die verschiedenen Flügel müssen den Konsens suchen, die Arbeit und die Ziele koordinieren, Entscheidungen fällen und für eine erfolgreiche Umsetzung der Mehrheitsmeinung sorgen.

### Ein ganzer Adler

Gelingt uns das oben Gesagte, zeigt unser Auftreten auch wieder Geschlossenheit und Einheit und ermöglicht unserer Mitglieder und Wählern auch wieder, sich mit der FDP zu identifizieren. Diese Identifikation ist aber unbedingt notwendig, um erfolgreich

durch eine Wahlsaison schreiten zu können.

### Ein kräftiger Start...

Es geht nicht an, tatenlos auf die nächsten Wahlen zu warten. Wie der Adler braucht unsere Partei ein kräftiges «Abstossen», einen fulminanten Start bereits heute. Wir müssen unseren Wählern zeigen, dass wir geschlossen eine glaubhafte Politik verfolgen, dass wir das Vertrauen verdienen. Wir werden alles daransetzen, die Balance unserer Flügel zu erreichen, uns voll hinter eine effiziente Finanz- und Wirtschaftspolitik zu stellen, aber ebenso engagiert soziales Gedankengut im freisinnigen Sinne zu vertreten. Durch eine intensive und innovative Arbeit unserer Grossratsfraktion und unserer Ressorts in den verschiedenen Fachbereichen, soll unser Image als Partei, welche auf viele Fragen die richtige Antwort kennt, gefördert werden.

### ... und eine gezielte Landung

Es muss unser aller Ziel sein, während der laufenden Legislatur erfolgreich zu politisieren und die Wahlen in den Jahren 2007/2008 siegreich zu gestalten. Dazu brauchen wir klare Positionierungen und den Einsatz, die Toleranz und das Vertrauen von Ihnen allen. Machen Sie mit, es lohnt sich, ein «kompletter Adler» zu sein!



## Sicher unterwegs

Seit 1. April müssen Autofahrer, die in Italien unterwegs sind, in ihrem Fahrzeug eine leuchtende Signaljacke mitführen. Diese muss beim Verlassen des Autos im Falle einer Panne getragen werden. In Spanien gilt die gleiche Regel seit 24. Juli. Es ist absehbar, dass weitere EU-Staa-

ten diese Regelung ebenfalls einführen werden.

Mit der neuen FDP-Sicherheitsweste sind Sie also auch im Ausland bestens ausgerüstet. FDP – mit Sicherheit!



Praktikantin Vanessa Rüegger macht sich vor!

## Bestellung (Sicherheitswesten)

\_\_\_\_\_ Sicherheitsweste Fr. 15.–

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

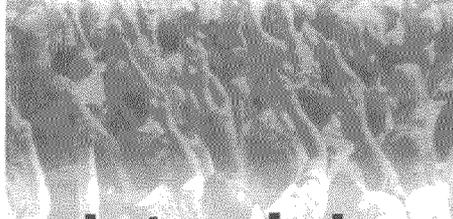
Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:

FDP Schweiz, Werbematerial, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 35,  
Fax 031 320 35 00 Siehe auch unter [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch) – Shop

**FDP**  
Freisinnig-Demokratische Partei

**«Wir kämpfen  
gegen den Stillstand!»**



## Liberaler Landsgemeinde

**Parteitag der FDP Schweiz**

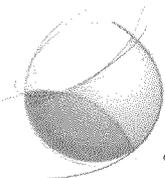
**Sonntag, 12. September 2004**

**12.00 bis ca. 15.00 Uhr**

**Landsgemeindeplatz Stans (NW)**

Seien Sie mit dabei, wenn Parteipräsident Rolf Schweizer eine liberale Standortbestimmung vornimmt. Bestimmen Sie mit, welche Vorschläge aus «Avenir radical» als nationale freisinnige Projekte von den zuständigen Gremien umgesetzt und politisch realisiert werden.

Anmeldetalon auf Seite 13



**«Avenir radical»**

## Bundesrat Merz bringt Glück

Wiederum erfreute sich das Kreuzworträtsel grosser Beliebtheit. Das Lösungswort

des Rätsels Nr. 6/04 lautete: «Mutterschaftsurlaub». Aus den über 150 richtigen Einsendungen zog Bundesrat Hans-Rudolf Merz folgende drei Gewinner/innen:

### 1. Preis

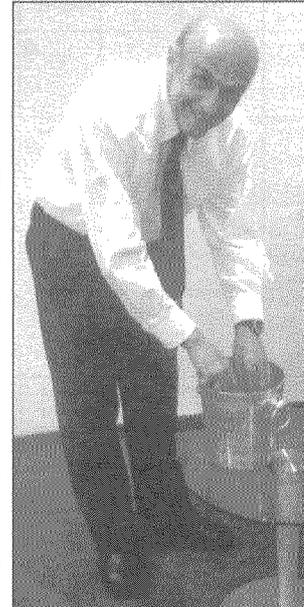
1 FDP-Foulard  
Rosvita Corrodi  
Hofstrasse 74A  
6300 Zug

### 2. Preis

1 FDP-Krawatte  
Zita Mohler und  
Ernst Mutschler  
Wettsteinallee 70  
4058 Basel

### 3. Preis

1 FDP-Schirm  
Annie Bitterli  
Sonnrüti 14  
6130 Willisau



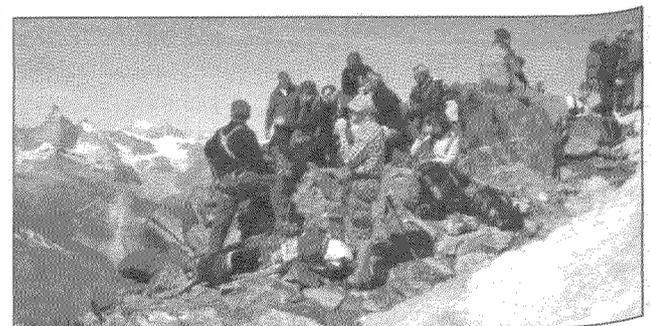
Bundesrat Hans-Rudolf Merz zieht die glücklichen Gewinner.

Foto nob

## Neuer Freisinn-Redaktor

Wie Sie bereits der letzten Ausgabe entnehmen konnten, betreut neu Stefan Nobs die Redaktion des «Schweizer Freisinn». Der 27-jährige Lysser studiert Journalismus und Unternehmenskommunikation an der Zürcher Hochschule in Winterthur. Neben seinem Studium arbeitet er seit kurzem auf dem Parteisekretariat der FDP des Kantons Bern. Seine Tätigkeit bei der FDP Schweiz ist befristet und endet Ende 2004.

## Die FDP auf dem Allalinhorn (4027 m)

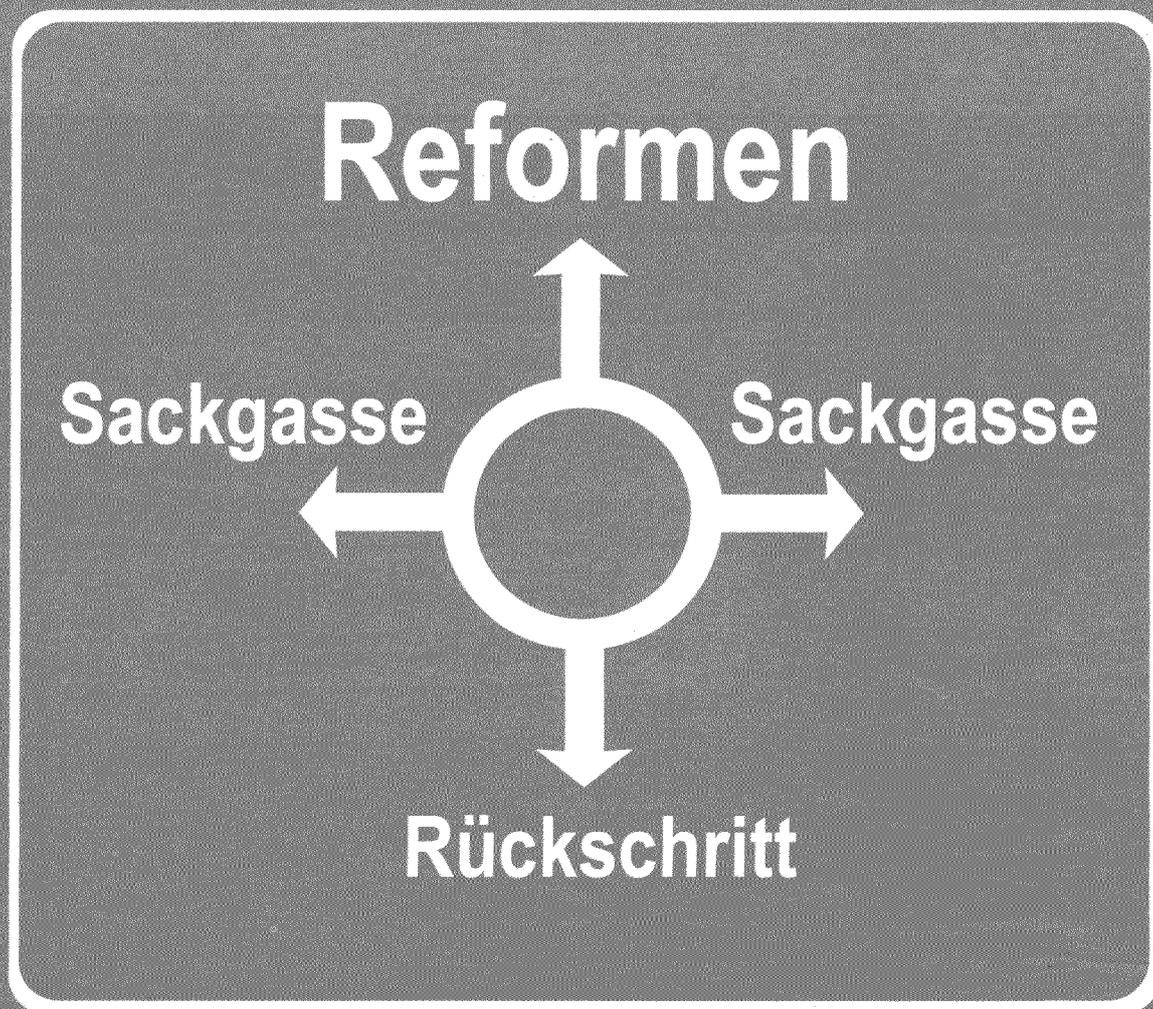


Am 14./15. August 2004 bestieg eine Gruppe FDP-ler aus der ganzen Schweiz unter der Führung der Bergsteiger Mario und Rainer das 4027 m hohe Allalinhorn. Bei strahlendem Sonnenschein und wolkenlosem Himmel erreichten alle den Gipfel.

Béatrice Giesbrecht Sekretärin FDP Kanton Bern



Karikatur Andreas Töns



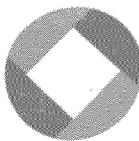
**am 26. September:**

**2 x JA zum Bürgerrecht**

**NEIN zum Post-Albtraum**

**JA zum Mutterschaftsurlaub**

[www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

**LIBERAL FDP** 

**Liberales Komitee**